

94.102

Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996–1999.

Kredite

Promotion de la science dans les années 1996–1999. Crédits

Botschaft, Gesetz- und Beschlusssentwürfe vom 28. November 1994
(BBl 1995 I 845)
Message, projets de loi et d'arrêté du 28 novembre 1994
(FF 1995 I 821)

Beschluss des Nationalrates vom 23. März 1995
Décision du Conseil national du 23 mars 1995

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Iten Andreas (R, ZG), Berichterstatter: Wir behandeln die Botschaft über die Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996–1999 als Zweitrat. Mit dieser Botschaft werden rund 20 Prozent der wissenschaftspolitischen Aufgaben des Bundes beantragt. Vier Fünftel der Gelder werden also in anderen Erlassen gesprochen. Erstmals werden in einer Botschaft Forschung und Hochschulförderung zusammengefasst. Diese Zusammenfassung beider Bereiche in eine einzige Botschaft ist ein Fortschritt und erlaubt, die Wissenschaftspolitik des Bundes in grösserem Zusammenhang darzustellen und daraus Ziele und Massnahmen abzuleiten. Alles, was im Bereich von Bildung und Forschung die Gesamtschau verbessert und erlaubt, die die einzelnen Bereiche übergreifenden Probleme darzustellen, verdient Anerkennung. Dennoch wurde im Nationalrat heftige Kritik an der Botschaft geäussert. Es wurde gesagt, es fehle an Transparenz und es manifestierten sich ein bildungspolitischer Immobilismus und ein fehlender Reformwille.

Auch in unserer Kommission wurde die Botschaft kritisch geprüft. Es wurden zahlreiche Fragen gestellt und Feststellungen gemacht. Die Diskussionen mit Frau Bundesrätin Dreifuss, Staatssekretär Ursprung, Direktor Schuwey, der Präsidentin des Schweizerischen Wissenschaftsrates, Frau Professor Meyer, dem Präsidenten der Schweizerischen Hochschulkonferenz, Herrn Regierungsrat Striebel, und weiteren Fachleuten haben gezeigt, dass die Vorwürfe zum Teil zu global sind. Vieles konnte geklärt werden. Ich gestatte mir deshalb einleitend einige Überlegungen allgemeiner Art:

1. Die Entwicklung von Wissenschaft und Forschung ist ein Prozess; es darf in diesem Bereich nicht überstürzt und aus tagespolitischen Überlegungen gehandelt werden. Die Grundkonstante des Prozesses ist die Kontinuität. Der Bundesrat folgt dem Gesetz der Kontinuität, ohne sich Anpassungen, Neuerungen und Reformen zu verschliessen. Noch selten in der Bildungsgeschichte unseres Landes ist auf dem tertiären Sektor so viel in Bewegung gewesen. Der pragmatische Weg, Schritt für Schritt, scheint mir angesichts der zum Teil revolutionären Änderungen in unserer Gesellschaft richtig. Gesamtkonzeptionelle Vorgaben können nur um den Preis der schnellen «Veraltung» gemacht werden. Die Erwartungshaltung gegenüber der Wissenschaftspolitik scheint mir vielerorts zu hoch.

2. Es ist sehr schwierig, in der hier zur Diskussion stehenden Thematik die Übersicht zu behalten. Zu Recht wurde in der Kommission auf die Komplexität der Materie, aber auch der Organe, die sich mit ihr beschäftigen, hingewiesen; Herr Jagmetti hat vorhin beim Geschäftsbericht auch auf diese Komplexität hingewiesen. Wir diskutierten diese Frage ja auch in unserer Kommission. Transparenz im ganzen ist kaum zu erreichen, das hat uns Staatssekretär Ursprung an Forschungsbeispielen erläutert. Generell wird heute an den

Hochschulen, vorbildlich an der ETH, Forschung evaluiert, das ist ein Fortschritt. Bei Demission der Inhaber stehen «auslaufende» Lehrstühle zur Disposition; es gab noch nie eine Zeit, die so viel evaluiert hat und zugleich so sehr auf Vertrauen angewiesen war.

Die Wirklichkeit der Staatsverwaltung ist viel zu komplex, als dass die Parlamentarier dies überblicken und bewerten könnten. Wir kommen ohne Vertrauen in die persönliche Aufrichtigkeit der die Details beherrschenden Verwaltungsangehörigen – und hier vor allem der Professoren – nicht aus, auch auf diesen Umstand hat Herr Jagmetti vorhin beim Geschäftsbericht hingewiesen. Unsere Beratung der Vorlage und die Kontrolle beziehen sich daher weniger auf die Fakten im Detail als vielmehr auf das Vertrauen, das die einzelnen Persönlichkeiten einflössen. In dieser Zwangslage reagieren wir auf das leiseste Zeichen einer Unredlichkeit mit emotionaler Schärfe, mit Vertrauensentzug und anderen Sanktionen. Globale Kritik ist nur ein Zeichen unserer Ohnmacht und der Versuch, einen Hund hinter dem Ofen hervorzulocken. Die Mitglieder der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur haben in den Besprechungen mit den Exponenten von Forschung und Bildung das Gefühl erhalten, dass Vertrauen gerechtfertigt sei. Das führte zur einstimmigen Bejahung der Botschaft.

3. Wir haben erfahren, dass sowohl beim Bundesrat als auch bei weiteren in die Beratung einbezogenen Persönlichkeiten ein Problembewusstsein für alle von uns exponierten Themen und Fragen besteht. So weiss man, dass die Koordination zwischen den Hochschulträgern, den Behörden, anderen involvierten Instanzen und den Wissenschaftlern noch ungenügend ist. Die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft bedarf der Verbesserung. Das Auseinanderklaffen von Zielen und Mitteln wird bedauert. Man ist sich bewusst, dass eine hochschulpolitische Auseinandersetzung und Konsensfindung über Prioritäten und Posterioritäten äusserst schwierig ist. Und trotzdem versuchen alle, voranzukommen und im Sinne des Parlamentes Fortschritte zu erzielen.

Statt uns in parlamentarisch schicker Art und Weise mit Kritik hervorzutun, können wir durch Hervorheben der positiven Bestrebungen wahrscheinlich mehr bewirken. Wir geben damit auch zu erkennen, dass wir nicht realitätsblind sind. Globale Kritik täuscht oft Wissen vor, das im Detail nicht erprobt ist. Wir leben in einer Welt der Erwartungskrise. Wir leben nicht mehr durch Erfahrung, sondern durch Mangel an Erfahrung mit einem Erfahrungsverlust. Dieser manifestiert sich nirgends schöner als angesichts einer komplexen «4-Milliarden-Botschaft».

4. Zustimmung schliesst Skepsis nicht aus. Gegenüber einer so schwierigen Materie wie der Grundlagenforschung und der Lehre auf Hochschulebene ist Skepsis durchaus angebracht. Um so mehr müssen wir Parlamentarier an das Vertrauen appellieren. Wir müssen erwarten, dass die Wissenschaftler selbst eine Evaluations- und Forschungskultur mit Technikfolgenabschätzung etablieren. Sie nämlich müssen wissen, was sie tun. Sie tragen Verantwortung für ihr Handeln. Die Notwendigkeit einer Wertung von Wissenschaft wird um so wichtiger, je mehr sie sich vom Wissen zum Machen verlagert. Im heutigen Wissenschaftsbetrieb kommt sich der Politiker vor wie Odysseus. Das Wissen und das, was die einzelnen Wissenschaftler tun, sind nicht mehr erfassbar und überschaubar. Der Politiker irrt umher und ist dem Sirenenengesang ebenso ausgesetzt wie den Zyklopen. Mit dieser allgemeinen Einleitung habe ich versucht, die Grundstimmung in unserer Kommission zusammenzufassen.

Der Schweizerische Wissenschaftsrat als beratendes Gremium des Bundesrates stellt an sich hohe Ansprüche, wenn er – ich zitiere aus seinen «Zielvorstellungen für die Entwicklung der schweizerischen Hochschulen: Horizont 2000» (vgl. Botschaft, Seite 22, Ziff. 115.3) – schreibt: «Für wichtige Einzelprobleme des tertiären Bildungsbereiches bestehen heute Lösungsansätze. Insgesamt sind diese jedoch unzureichend. Insbesondere fehlt es an einem bildungspolitischen Gesamtkonzept.» Der Wissenschaftsrat verlangt von sich

selbst also mehr, als was ich fordern würde. Diese Selbstkritik flösst ebenfalls Vertrauen ein. Er weiss, dass ihm noch viel Arbeit bevorsteht. Es ist ihm auch bewusst, dass die Ziele der Wissenschaftspolitik des Bundes, wie sie in der Vorlage skizziert sind, Ideale darstellen, die man nicht in einer Forschungsperiode erreichen kann. Die Wirklichkeit hinkt schon aufgrund der fehlenden Finanzmittel – aber nicht allein deswegen – hinter den Idealen her.

Die Kommission stellt sich hinter die Wissenschaftsziele des Bundes. Sie sind auf Seite 17ff. in der Botschaft aufgeführt. Als besonders erwähnenswert betrachte ich das Ziel 2, Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben. Besonders hervorzuheben sind bei den Teilzielen die gezielte Förderung gesellschaftlich relevanter Forschungsbereiche durch den Ausbau der Sozialwissenschaften und die Umwelt- und Energieforschung mit Neuorientierung auf nachhaltige Entwicklung und Ressourcennutzung. Frauenförderung ist eine permanente Aufgabe. Wir werden uns in der Detailberatung noch mit dem Schwerpunktprogramm «Zukunft Schweiz» befassen können.

Im Nationalrat wurde der Botschaft über die Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996–1999 vorgeworfen, sie sei zu technik- und wirtschaftsfreundlich. Ich schliesse mich dieser Kritik nicht an. Die moderne Gesellschaft kommt nicht aus ohne eine positive Einschätzung der technischen Wissenschaften. Aber ebenso wichtig sind die Humanwissenschaften, denn wenn Technik nicht in ein humanes Umfeld eingebettet ist, wendet sie sich gegen den Menschen. Schon jetzt erleben wir ein Auseinanderklaffen von Gesellschaft und Wissenschaft, und ich gebe der Präsidentin der nationalrätlichen WBK recht, wenn sie sagt, das Fehlen der Debatte über wissenschafts- und bildungspolitische Perspektiven sei markant. Die Protagonisten dieser Debatte sollten meines Erachtens Wissenschaftler und Wirtschaftsführer sein.

Ich muss nicht ausführlich darauf hinweisen, dass die Anträge des Bundesrates in finanzieller Hinsicht weit hinter den Wünschen und Forderungen der Bildungs- und Forschungsträger zurückliegen. So erwarteten die Hochschulen eine Zuwachsrate von 4 Prozent, der Bundesrat gestand ihnen eine solche von 2,5 Prozent zu. Die Schulen rechneten mit einem Investitionsbeitrag von 600 Millionen Franken. Der Bundesrat beantragt 340 Millionen Franken. In den nächsten Jahren werden 900 Professoren zurücktreten; für die Nachwuchsförderung wären 135 Millionen Franken nötig. Der Bundesrat beantragt 69,5 Millionen Franken. Wie wichtig gerade diese Massnahme ist, bestätigte Regierungsrat Striebel, der uns berichtete, dass an der Basler Universität 65 Prozent der Hochschullehrer aus dem Ausland und 35 Prozent aus dem Inland kommen.

Die Kommission stellt sich hinter die Anträge des Bundesrates; mit einer Ausnahme: Beim Beschlussentwurf F sollen gemäss Kommissionsmehrheit keine Abstriche gemacht werden, damit die Schwerpunktprogramme nicht gefährdet sind. Darauf werde ich in der Detailberatung zurückkommen. Der Forschung und Bildung kommt für ein rohstoffarmes Land wie die Schweiz ohne Zweifel grosse Bedeutung zu. Alle Voten in der Kommission haben dies bestätigt. Die Schweiz stand mit Forschungsgeldern in der Höhe von ungefähr 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts mit den USA und Japan zusammen an der Spitze. Japan und die Schweiz haben den grössten Anteil an privaten Forschungsmitteln zur Verfügung. Noch vor einigen Jahren betrug er 75 Prozent; bei den staatlichen Aufwendungen jedoch befindet sich die Schweiz im Hintertreffen. In Europa steht sie an siebter Stelle, hinter Italien. Nun zeigt die private Forschung die Tendenz, ins Ausland abzuwandern. 1993 hat die schweizerische Industrie zum ersten Mal mehr für Forschung im Ausland investiert als für Forschung im Inland. Dies muss zu denken geben. Die Gründe, warum das so ist, sind nicht klar. Es gibt darüber keine Untersuchung. Dies ist aber ein Hinweis dafür, dass der Staat vermehrt Forschung und Entwicklung unterstützen muss. Nur so kann eine gute Ausbildung garantiert werden. Die Anforderungen der Arbeitswelt steigen fortwährend. Insbesondere das technische Umfeld nimmt an Komplexität und Unübersichtlichkeit zu. Neben den höheren Anforderungen an die technische Ausbildung werden auch

mehr soziale Kompetenz und sprachliche Kenntnisse verlangt. Der Anteil an höher Ausgebildeten ist in allen Industriezweigen gewachsen. Die Arbeitslosigkeit trifft mehr die nicht gut Ausgebildeten. Es werden generell auch mehr Akademiker gesucht.

Im Bereich der Informationstechnik und der Kommunikation schreitet die Technologie rasch voran. Frau Professor Meyer sprach von einer eigentlichen Revolution, die sich vollziehe. Das stellt für moderne Volkswirtschaften enorme Herausforderungen dar. Der Einsatz von Forschungs- und Bildungsmitteln gehört deshalb zur Strategie des Überlebens.

Nun wird von seiten der Wirtschaft immer wieder beklagt, dass in der Schweiz eine generelle Technik- und Wirtschaftsfeindlichkeit herrsche. Es müsse, so wird gefordert, eine zuversichtliche Stimmung aufkommen. Der Staat müsse dafür sorgen, dass die junge Generation mit mehr Zuversicht in eine noch offene Zukunft blicke. Hier stellt sich die Frage, ob dies den Staat nicht überfordert. Der Staat kann keine Zuversicht garantieren. Das ist Aufgabe der gesellschaftlichen Kräfte. Zuversicht hat mit der Erfahrung von Lebenssinn zu tun. Es müsste in Wissenschaft und Wirtschaft ein Wille bemerkbar werden, die Zukunft im Einklang mit der Natur zu gestalten. Das ist der Grund, warum umweltbezogene Forschung, aber auch der Beitrag der Sozialwissenschaften enorm wichtig sind. Wissenschaftspolitik ist nicht Industriepolitik.

Ich habe schon im Zusammenhang mit der Behandlung der KWF-Botschaft (94.103) auf das Gutachten des Fraunhofer-Instituts hingewiesen, das den Titel «Ziele einer Technologiepolitik des Bundes. Standortvoraussetzungen und technologische Trends» trägt. Dieses Gutachten enthält die Elemente einer schweizerischen Industriepolitik der Zukunft. Unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten hat der Staat vor allem die Aufgabe, gute Leute auszubilden, und die Wirtschaft hätte zu entscheiden, wie sie im Markt und im internationalen Wettbewerb bestehen will. Wir stehen heute offensichtlich an einer Schwelle, wo auch der Staat sich vermehrt der Technologiepolitik annehmen muss. Wissenschaft und Wirtschaft müssen besser zusammenarbeiten. Die Bundesbeschlüsse, die zu fassen sind, sollten mithelfen, diese Zusammenarbeit zu fördern. Die Botschaft strahlt meines Erachtens Zuversicht aus. Sie gibt auch klare Ziele vor.

Ich will noch auf ein Nebenproblem zu sprechen kommen, das allerdings in der Art, wie es in der Botschaft erwähnt ist, auch grundsätzliche Dimensionen hat. Auf Seite 26 der Botschaft (Ziff. 115.6) wird ausgeführt, dass u. a. die Forstwirtschaft im Sinne der Posterioritäten einen Abbau erfahren soll. Wenn den Umweltwissenschaften hohe Priorität zugemessen wird, so ist es unverständlich, warum die Waldforschung darin nicht eine zentrale Stellung einnehmen soll. Die Portfolio-Analyse des ETH-Rates weist ihr eine Posteriorität zu. Nun hat diese Portfolio-Analyse schwerwiegende Mängel. Wer eine solche durchführt, muss zuerst eine lange Diskussion über die Werte führen. Er muss in einem demokratischen Diskurs die Kriterien artikulieren und kommunizieren. Zentralistische und hierarchische Formen strategischer Entschiede führen zu Ineffizienz und Widerstand. Die Portfolio-Analyse des ETH-Rates ist sehr einseitig erarbeitet und «von oben herab» unterbreitet worden. Das ist der Grund, warum sie zum Scheitern neigt.

Zum Schluss möchte ich danken. Die vorliegende Botschaft ist mit allen Beteiligten gründlich erarbeitet worden. In einem Seminar in Murten wurden sie von Staatssekretär Ursprung an einen Tisch gebeten. Er stellte die Bedingungen und Kriterien zur Diskussion. Die Botschaft ist nicht einfach von oben diktiert worden, obwohl der finanzielle Rahmen Einschränkungen verlangte. Das scheint mir einer der Gründe zu sein, warum wir Parlamentarier nicht mit allerhand Wünschen und Forderungen konfrontiert worden sind, wie das sonst gelegentlich der Fall ist. Die Erarbeitung ist trotz der Verteilungskämpfe, die zurzeit herrschen, klug vorbereitet und mit akzeptierten Kompromissen zu uns gekommen. Ich möchte dem Bundesrat und den führenden Mitarbeitern sowie den beteiligten Kreisen, von den Akademien bis zur schweizerischen Hochschulkonferenz, für Verständnis und Kompromissbereitschaft danken.

Ich beantrage im Namen der einstimmigen Kommission, auf die Entwürfe einzutreten.

Cavadini Jean (L, NE): Même si l'on admet l'aspect répétitif chronique de la demande de crédits pour la promotion de la science et de la recherche, on ne saurait remettre en question l'importance de la décision que nous avons à prendre.

On a souligné la nouveauté, qui nous vaut aujourd'hui de trouver, dans un seul message, deux crédits distincts et liés pour la science, l'un pour l'aide aux universités et l'autre pour l'encouragement à la recherche. Cette présentation a l'avantage de la transparence, mais l'unité de la matière, comme on l'exige pour une initiative en matière constitutionnelle ou pour une tragédie classique, n'est pas aussi assurée qu'il y paraît.

On peut remarquer que les deux thèmes sont régis par des lois distinctes, des compétences différentes. C'est ainsi que nous aurons à nous prononcer sur neuf arrêtés et modifications de lois au cours d'un seul et même débat. Les montants cumulés paraîtront considérables, voire excessifs, à tout esprit rapide, alors qu'ils sont plus que raisonnables et de nature distincte. D'ailleurs, dans leur apparente ampleur, ils ne recouvrent pas l'ensemble du champ considéré puisque le Domaine des écoles polytechniques fédérales, la recherche sur mandat, les hautes écoles spécialisées, ne sont pas compris dans les projets présentés.

Les données politiques de notre décision sont connues, nous ne devons pas affaiblir le niveau de la qualité de la science en Suisse, pays qui avait pris une certaine avance dans quelques secteurs et qui, à ce titre, figurait en bonne place en comparaison internationale, mais il serait imprudent de parier que tel est toujours le cas. La place scientifique helvétique s'est affaiblie. Pour la première fois, 1992 a vu les investissements scientifiques des entreprises suisses être faits majoritairement à l'étranger, et 1993 n'a pas enregistré un renversement de la tendance. Certes, la différence n'est pas encore considérable, il s'agit de 1 à 2 pour cent, elle n'en reste pas moins significative.

Le Conseil fédéral a raison de rappeler que le lien entre le lieu de recherche et le lieu de production représente un facteur capital pour le développement économique de notre pays. Ainsi donc, on constate, pour parler très simplement, que nous sommes encore bons, mais que nous faiblissons et qu'il convient de s'engager plus vivement dans ce domaine décisif. Or, c'est le moment choisi pour réduire ces efforts, pour couper le faible élan qui avait été donné. La politique ne se nourrit pas que de logique, mais elle ne saurait être renforcée par une contradiction aussi forte.

Nous soulignons les arguments qui ont été apportés:

1. La Confédération doit soutenir les universités dans leur tâche fondamentale par des subsides de base. En 1973, nous le rappelons, on parlait du côté du Conseil fédéral d'un soutien qui devait être de l'ordre de 25 pour cent du subventionnement universitaire de base. Or, ces subventions n'ont cessé de diminuer, pour s'établir entre 12 et 14 pour cent au fil des années.

2. Il est indispensable d'encourager la recherche fondamentale et la recherche orientée par des financements de programmes à moyen et à long terme, et les montants proposés sont ici à nouveau réduits de façon très significative. On doit insister sur la collaboration entre la recherche et l'économie, et les programmes qui favoriseraient cette indispensable symbiose se trouvent à leur tour eux aussi mutilés.

Nous vous demandons donc d'abord de suivre au moins les conclusions de la majorité de la commission. Nous aurons l'occasion bien sûr d'en reparler.

Si nous envisageons les institutions, nous ne pouvons que constater une fois encore un certain enchevêtrement des responsabilités. C'est un thème lui aussi chronique et répétitif, mais nous croyons nécessaire d'insister sur ce point encore. Nous apprécions, et nous le disons en toute clarté, les efforts déployés par le Groupement de la science et de la recherche. Ces efforts n'ont pas encore pu tous porter leurs fruits. Nous n'allons pas reprendre l'antienne des compéten-

ces respectives de la Conférence universitaire suisse et du Conseil suisse de la science, du Conseil des EPF et des impossibles arbitrages, de l'autonomie des académies et du Fonds national suisse de la recherche scientifique, de la coordination toujours recommencée des hautes écoles entre elles, de leur huit instituts des sciences de la terre, de leurs facultés de pharmacie et de leur formation des architectes. Mais nous rappelons que la mise sur pied du système des hautes écoles spécialisées, que nous ne connaissons pas encore, ne simplifiera pas l'organigramme et que la recherche devra faire l'objet d'une coordination stricte.

Chacun s'accorde sur le diagnostic, l'anamnèse est connue, reste la thérapie. Peut-être que le temps de l'homéopathie est révolu et que la chirurgie devrait ainsi s'imposer. Il convient, et le Conseil fédéral en tombe d'accord, d'organiser fermement le domaine de la recherche au sein de l'administration elle-même. C'est vrai, les sept départements ont tous, à des degrés bien sûr très variables, une certaine responsabilité dans le secteur de la recherche. Nous attendons la réforme gouvernementale et administrative avec ce qui est plus que de l'intérêt. Entre cantons et Confédération, les structures de coordination peuvent encore être améliorées, chacun en convient, on y travaille et c'est tant mieux.

Parlons un peu d'argent. Tout est conditionné par l'état des finances fédérales, assurément. Au moment où un effort marqué devrait être fourni, on doit se contenter d'assurer les acquis. Mais les assure-t-on? Avec un taux de croissance nominal de 2,5 pour cent, taux qui ne comprend pas les restrictions d'ores et déjà décidées dans le cadre des programmes d'assainissement, c'est dire que l'aide apportée aux universités reste très éloignée des besoins réels, que l'encouragement de la recherche est certes mieux reconnu, même si le frein mis au développement est ressenti avec netteté. Nous insistons pour que les programmes prioritaires puissent être assumés dans des conditions normales. Le financement peut et doit être établi au niveau que le Conseil national a défini.

Pour ne pas être exagérément long, nous souscrivons rapidement aux amendements proposés sur le plan législatif. Ces amendements tendent à une souhaitable simplification de procédure. Nous ne pouvons donc que nous y rallier.

Danioth Hans (C, UR): Das Bildungskapital ist nach wie vor der wertvollste Rohstoff unseres Landes. Die europapolitischen Entscheidungen der letzten Zeit haben unsere Herausforderung in dieser Beziehung sogar noch erhöht, wollen wir unserer Jugend den Zutritt zu den Bildungsstätten im nahen und fernem Ausland nicht verbauen sowie den Absolventen der Höheren Lehranstalten aller Stufen durch gleichberechtigte Ausweise den Wettbewerb in der internationalen Wirtschaft ermöglichen.

Die Schweiz hat, wie die Befragungen der Experten, vor allem von Frau Professor Verena Meyer, Präsidentin des Schweizerischen Wissenschaftsrates, eindrücklich belegten, im internationalen Vergleich in der Bildung und Forschung nach wie vor einen Spitzenrang inne. Mit knapp 3 Prozent Anteil am Bruttoinlandprodukt nehmen die Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Schweiz weltweit den zehnten Rang ein, bei den naturwissenschaftlichen Nobelpreisträgern in der Zeitspanne von 1902 bis 1993 sogar den fünften Rang.

Die Bildung ist zwar vorab eine Domäne der Kantone, die ihre Aufgabe trotz föderalistischem Aufbau optimal und – dank Koordination durch die Erziehungsdirektorenkonferenz – auch effizient wahrnehmen.

In diesem Zusammenhang darf sicher einmal die in den letzten Jahren sprunghaft gestiegene Zahl der Frauen an den höheren Lehranstalten hervorgehoben werden. Gerade in der Innerschweiz wurde ein gewaltiger Sprung nach vorne getan. Oftmals belegen Mädchen in den Mittelschulen mindestens die Hälfte der Plätze; das ist erfreulich.

Die Verteilung der Aufgaben der Forschung zwischen Staat und Wirtschaft ist sehr unterschiedlich. Von 1989 bis 1992 haben die Forschungsausgaben der Wirtschaft im Inland um 9 Prozent abgenommen, in der Zeit von 1986 bis 1992 jene

im Ausland aber um 35 Prozent zugenommen, und heute belaufen sie sich auf über die Hälfte der gesamten Aufwendungen der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung. Das Spiegelbild zeigt sich darin, dass die meisten grossen Firmen Arbeitsplätze in der Schweiz abgebaut und ins Ausland verlagert haben, wie wir bei der Behandlung der Botschaft über die Finanzierung der Tätigkeit der Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (KWF) im nationalen und europäischen Rahmen (Eureka) in den Jahren 1996 bis 1999 (94.103) gesehen haben.

Bemerkenswert ist auch der Hinweis, dass das Niveau der staatlichen Aufwendungen im Bereich von Forschung und Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren durchaus stabil geblieben ist. Für die Arbeitslosenversicherung haben wir im Jahre 1993 doppelt soviel Geld ausgegeben wie für Forschung und Entwicklung. Wäre es nicht sozial sinnvoller und wirtschaftlich effizienter, darauf hinzuwirken, dass dieses Ungleichgewicht etwas abgebaut wird? Solche Dimensionen und Relationen muss man im Auge behalten, wenn man an die Bewilligung der Kredite zugunsten der Bildung und Forschung für die letzten vier Jahre vor der Jahrtausendwende herantritt.

In Anbetracht der steigenden Anforderungen ist es sicher unabdingbar, dass Prioritäten gesetzt werden, was unweigerlich auch Posterioritäten nach sich zieht. Wenn man auch in unserer Kommission die starke Mitsprache der Lehr- und Forschungsanstalten bei dieser Entscheidung bestätigt erhalten hat, so besteht doch nicht eitel Freude über gewisse Zurücksetzungen. Da ist einmal die bereits vom Kommissionspräsidenten erwähnte Forstwirtschaft zu nennen, die einen Abbau erfahren soll, was den Verantwortlichen der Branche zu Besorgnis Anlass gibt, weisen sie doch mit Recht auf die Notwendigkeit hin, vermehrt die Naturgefahren im Zusammenhang mit dem unbestreitbaren Klimawechsel eruieren zu können.

Schwer nachvollziehbar ist auch der geplante Abbau im Bereich der Kern- und Teilchenphysik am Paul-Scherrer-Institut. Ich hoffe sehr, dass damit nicht negative Präjudizien im Entscheidungsprozess für die Offenhaltung der Kernenergie gesetzt werden.

Im übrigen ist unter Hinweis auf die im Frühjahr verabschiedete Botschaft zu den KWF-Projekten zu sagen, dass die Schwerpunktprogramme für die zukünftige Forschung in unserem Lande von entscheidender Bedeutung sind. Dies gilt vorab für die Schwerpunktprogramme im ETH-Bereich, insbesondere die Mikro- und Nanosystemtechnik. Wie ich mir von kompetenter Seite aus dem Lehrkörper der ETH bestätigen liess, wird die Forschung an den Ingenieurabteilungen der ETH im allgemeinen von Teams diplomierter Ingenieure getragen. Einerseits ermöglicht erst die eigene Forschung eine Lehre auf akademischem Niveau, andererseits werden Ingenieure angehalten, in eigener Verantwortung neue Lösungen in komplexen Systemen zu suchen, was mit der Ausbildung hochqualifizierter Kräfte für die Wirtschaft gleichbedeutend ist.

Noch vor zehn Jahren war es leicht möglich, von Industriepartnern Kredite für diese Forschung zu erhalten. Heute sind, wie man mir versichert, diese Quellen fast versiegt. Es ist gerade für die kleinen und mittleren Unternehmungen (KMU) und damit für die schweizerische Wirtschaft allgemein ein Gewinn, wenn mittels der Schwerpunktprogramme ein lokales Forschungsfeld sichergestellt wird, in dem ETH und Wirtschaft kooperieren können. Es muss auf jeden Fall vermieden werden, dass erfolgreiche Schwerpunktforschungsprogramme auf den 31. Dezember dieses Jahres einfach abgebrochen werden müssen. Aus diesem Grund muss rechtzeitig Gegensteuer gegeben werden. Die Aufstockung um 36 Millionen Franken gemäss Beschluss des Nationalrates und Antrag unserer Kommission ist daher unabdingbar. Sie bedeutet nicht eine substantielle Aufstockung, nicht eine Erhöhung, sondern sie korrigiert bloss ein wenig die übermässigen Kürzungen durch den Bundesrat. Da im 4. Rahmenprogramm der EU-Forschung 66,6 Millionen als Beitrag der Schweiz eingebaut werden sollen, würden sonst nur noch 43,4 Millionen Franken für diese wichtigen Schwer-

punktprogramme zur Verfügung stehen. Das wären noch ganze 20 Prozent der ursprünglich geforderten Summe, wie man mir dargelegt hat.

In den heutigen Zeitungen lesen wir alarmierende Meldungen über den Verlauf der bilateralen Verhandlungen. Eine Schlagzeile der «Luzerner Zeitung» und der «Urner Zeitung» lautet: «Forschungsverhandlungen mit der EU in der Sackgasse.» Es heisst: «Seit Wochen gibt es keine Bewegung in den bilateralen Forschungsverhandlungen zwischen der Schweiz und der EU. Die blockierten Forschungsverhandlungen können nur mit einem politischen Entscheid neu belebt werden.» Was heisst das im Klartext? Unser Land hat hier als «Musterknabe» Leistungen erbracht. Wir haben Kredite bewilligt. Herr Staatssekretär Ursprung, der hier anwesend ist, hat wiederholt darauf hingewiesen, dass wir praktisch das geleistet haben, was man von uns korrekterweise erwarten konnte, damit wir auch in den Bedingungen für die Mitarbeit in diesen Projekten gleichberechtigt werden. Und nun wird das abgebogen, indem erklärt wird: Das ist alles gut und recht; wir machen nun das Junktim mit anderen Dossiers, das wird nun politisch mit den anderen Dossiers zusammengehängt.

Ich persönlich betrachte hier und jetzt die weitere Bearbeitung des EU-Dossiers bezüglich Forschung gleichsam als Nagelprobe für die Aufrichtigkeit der EU in der Hinsicht, ob sie die Schweiz als Partnerin anerkennt.

Denn die Schweiz hat nun wirklich Vorleistungen erbracht. Wäre die Kürzung unserer eigenen Kredite, welche für die inländische Forschung bestimmt sind, in diesem Zeitpunkt nicht ein völlig falsches Signal an die Behörde in Brüssel? Ich möchte Ihnen die Beurteilung dieser Frage überlassen, glaube aber, dass wir hier Gegensteuer geben müssen.

In gleicher Weise unterstütze ich die stärkere Gewichtung des Schwerpunktprogrammes im Aufgabenbereich des Nationalfonds. Wenn insbesondere das sozialwissenschaftliche Programm «Zukunft Schweiz» nicht nur am grünen Tisch und es vor allem ohne ideologischen Ballast durchgeführt wird, kann es wertvolle Hinweise für die Gestaltung von Gesellschaft und Staat in unserem Lande an der Schwelle des neuen Jahrhunderts geben. Wer weiss, vielleicht bekommen wir sogar interessante Impulse für eine vertiefte Verfassungsk Diskussion im Jubiläumsjahr 1998!

Auf alle Fälle unterstütze ich auch diesbezüglich die Anträge der Kommissionsmehrheit und empfehle Ihnen Eintreten und Zustimmung.

Onken Thomas (S, TG): Auch ich möchte Ihnen Eintreten auf diese Vorlage und Zustimmung zu den Anträgen der Kommission bzw. Kommissionsmehrheit empfehlen.

Ich möchte zunächst die grosse Arbeit anerkennen und würdigen, die hinter dieser umfassenden Botschaft steht. Ich würdige auch all die kleineren und grösseren Fortschritte, die in den vergangenen Jahren, seit der letzten Diskussion im Jahre 1991, erzielt worden sind. Ich anerkenne, dass uns der Bundesrat in einer finanziell schwierigen Zeit eine Botschaft zur Forschungsförderung vorlegt, die immerhin ein Wachstum von 2,5 Prozent vorsieht, und das ist nicht wenig.

Der Bundesrat setzt also eine klare politische Priorität, und ich glaube, wir alle unterstützen ihn dabei, im Wissen darum, wie wichtig Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, aber auch das Hochschulwesen insgesamt für unser Land sind. Wir sind hier in einem harten Wettbewerb. Wir sind enorm herausgefordert, und ich habe nicht den Eindruck, dass das schon überall im ausreichenden Masse erkannt wird.

Herr Daniöth hat soeben die Zahlen dargelegt, die alarmierend sind. Die Abwanderung hat begonnen. Auch in der Forschung findet eine Globalisierung statt. Geforscht werden kann überall, und die Mittelallokation erfolgt auch in diesem Bereich immer freier und internationaler.

Wir müssen versuchen – diese Botschaft ist ein Beitrag dazu –, den Vorsprung, den wir einmal gehabt haben, zu verteidigen, zu erhalten. Der Vorsprung ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten doch immer kleiner geworden – nicht weil wir wesentlich schlechter geworden wären, sondern insbesondere weil die anderen aufgeholt haben.

Aber um diese Anstrengungen leisten zu können, braucht es auch Klarheit, verlässliche Angaben, einen Orientierungsrahmen mit verbindlichen Eckwerten. Es braucht Analyse und Selbstkritik – nicht nur wohlwollendes Schulterklopfen und die Bestätigung, wie gut wir sind und wie gut wir es machen, sondern auch, wie gesagt, Selbstkritik und in einem konstruktiven Sinne Analyse. Und da möchte ich mich nun doch in ein paar Punkten zu dieser Botschaft äussern.

Der erste Punkt betrifft die Rechenschaftsablage und die Bewertung der vorangehenden vier Jahre. In der Botschaft gibt es dazu einzelne Elemente und gewisse Übersichten, das anerkenne ich. Doch ich finde, dieser Teil fällt entschieden zu dürrig aus.

Wo haben wir die Ziele wirklich erreicht, die wir uns gesetzt haben, wo haben wir sie verfehlt? Wo haben wir Erfolge erungen, wo mussten wir gewisse Misserfolge hinnehmen? Wo stehen wir international? Wie sieht das Stärken- und Schwächenprofil der schweizerischen Wissenschaft und Forschung aus?

Es fehlen meines Erachtens ein differenziertes Bilanzieren, was in den letzten vier Jahren geschehen ist, und eine sorgfältige Bewertung des Geleisteten, und das betrachte ich als einen Mangel. Auch der Versuch fehlt, das Erreichte noch strikter an die Ziele zu knüpfen, die gesetzt worden sind. Der Soll-Ist-Vergleich ist viel zu wenig ausgebaut.

Auch der Versuch, Kriterien zur Beurteilung und Bewertung von Wissenschafts- und Forschungsleistungen zu finden, muss noch verstärkt werden. Ich glaube, dieser Ruf erschallt zurzeit überall. Das Anliegen muss auch in die Forschung Eingang finden, so schwierig dieses Unterfangen da und dort auch sein mag. Ich meine auch, die Forderung nach einer solchen Bewertung lässt sich durchaus mit dem Bekenntnis zu einer freien und autonomen Forschung verbinden. Das Bekenntnis zu einer solchen Forschung – früher hat man von Grundlagenforschung gesprochen, heute würde man vielleicht eher von freier Forschung sprechen –, zu einer Forschung, die sich inhaltlich an selbstgesetzten Zielen orientiert, möchte ich hier ausdrücklich ablegen. Ich bin überzeugt, das ist wichtig, und hier sollte auch nicht eine kleinliche Einbindung erfolgen.

Doch selbst diese Grundlagenforschung, diese freie Forschung, muss sich der Frage der Bewertung des Mitteleinsatzes und des Erfolges, den sie erbracht hat, stellen.

Ein zweiter Punkt betrifft die strategische Ausrichtung und auch die Koordination. Hier nehme ich die Kritik auf, die Kollege Cavadini Jean bereits geäussert hat. Ich habe gehofft, in dieser Botschaft überzeugendere Nachweise und auch Erfolgsausweise für Koordinationsanstrengungen zu finden. Ich habe gehofft, auf Vorschläge für die Vereinfachung der Strukturen zu stossen, wie sie Kollege Jagmetti zuvor bei der Stellungnahme zum Geschäftsbericht des EDI angesprochen hat. Er hat ja, wie übrigens viele Forscherinnen und Forscher in diesem Land, auch die Überstrukturierung beklagt, die langatmigen Wege und eine gewisse Bürokratisierung, die wir ebenfalls in Frage stellen müssen und wo wir zu Vereinfachungen kommen sollten.

Die Kommission hat kürzlich einen ersten Anlauf genommen, um dieses Geflecht der Organe und Verfahrenswege etwas zu entwirren und vielleicht Vereinfachungsvorschläge einbringen zu können. Wir sind, das räume ich ein, nicht sehr weit gekommen, aber die grundsätzliche Forderung an den Bundesrat, an die Verwaltung und insbesondere natürlich an die Gruppe bleibt bestehen. Über Fortschritte in dieser Richtung gibt die Botschaft kaum hoffnungsvolle Auskünfte.

Ein dritter Punkt, der meines Erachtens auch im Nationalrat zu Recht beanstandet worden ist, ist die Frage des Flusses der finanziellen Mittel. Wie verteilen sich diese? Wir verteilen hier 3,9 Milliarden Franken, das ist viel Geld. Aber wir haben eigentlich wenig Transparenz darüber, wohin diese Mittel exakt fliessen. Die Wege sind ja teilweise sehr verschlungen. Mit den einfachen Rubriken, die die Botschaft oder allenfalls auch die Rechnung des Bundes ausweisen, kommt man nicht zurecht. Man hat einen vergleichsweise geringen Durchblick, wohin die Mittel fliessen, in welche Töpfe sie teil-

weise auf Umwegen und unübersichtlichen Pfaden gelangen, wer sich wo und auf welche Art und Weise bedient. Das alles bleibt intransparent. Diese Mittelallokation muss in Zukunft durchsichtiger gemacht werden, sei es in einer künftigen Botschaft oder in anderer Weise. Ich glaube, das ist auch für die parlamentarische Beurteilung und Bewertung ein wesentliches Instrument.

Ein vierter Punkt betrifft die Ressortforschung. Herr Bieri hat heute morgen über diesen Bereich referiert, der von uns noch immer überprüft und begleitet wird. Das geht auf die Inspektion zurück, die die Geschäftsprüfungskommission Ende der achtziger Jahre unter der Leitung von Frau Rosmarie Simmen durchführte und die in ein Postulat mit klaren Empfehlungen und Erwartungen ausmündete, die man in diesem Bereich hegt. Ich muss auch nach den neuesten Auskünften, die wir bekommen haben, sagen: Hier sind zwar ebenfalls Verbesserungen erreicht worden, aber die Forderungen sind leider noch längst nicht eingelöst. Sie bleiben weiterhin bestehen, und es bedarf energischer Anstrengungen, um bei der Ausbildung der Forschungsverantwortlichen in der Bundesverwaltung, bei der Begleitung der Projekte, bei der Evaluation und bei der Veröffentlichung und Umsetzung der Ergebnisse Fortschritte zu erzielen. Dieser Bereich ist vom Bund nach wie vor unbefriedigend geregelt. Die Forderungen, die damals von der Geschäftsprüfungskommission erhoben wurden, sind höchstens teilweise, aber noch längst nicht in ausreichendem Mass erfüllt.

Der fünfte und letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Technikfolgenabschätzung oder die Technikforschung. Auch hier kann man zwar zumindest auf erste Ansätze hinweisen, die wir ja das letzte Mal auch energisch gefordert haben. Es beginnt sich im Umfeld des Wissenschaftsrates immerhin etwas zu entwickeln, aber der Aufbau ist doch vergleichsweise zaghaft, die Umsetzung noch recht zögerlich. Man könnte den Vergleich mit dem halbvollen oder halbleeren Glas anstellen. Je nachdem, wie man es betrachten will, wird man das Erreichte bereits loben oder eben die zu kleinen, zu halbherzigen Schritte kritisieren. Ich neige eher zum Letzteren. Ich glaube, es braucht hier mehr Anteilnahme und klarere Zielvorgaben. Es braucht für diesen Bereich auch die entsprechenden Mittel, die ja an sich reserviert sind, damit wir endlich Fortschritte erzielen. Man kann nicht einerseits die Technikfeindlichkeit oder den Technikskeptizismus in unserem Lande beklagen und andererseits diesen Bereich so stiefmütterlich behandeln, wie das bis anhin geschehen ist. Denn gerade die Technikfolgenabschätzung kann einen vertrauensbildenden Beitrag leisten, und der scheint mir unbedingt notwendig zu sein.

Ich bin also für Eintreten, ich bin für Zustimmung, aber ich bitte darum, Frau Bundesrätin, dass man die parlamentarischen Vorstösse, die vor vier Jahren eingereicht und die noch nicht alle erfüllt worden sind, ernst nimmt, dass man versucht, für eine weitere Botschaft endlich die entsprechenden Konsequenzen daraus zu ziehen. Das gleiche gilt auch für die neuen Vorstösse, die an diese neue Botschaft anknüpfen; vielleicht wird uns ja auch einmal ein Zwischenbericht vorgelegt. Darin möchte ich dann einen Niederschlag sehen. So können wir doch wenigstens schrittweise vorankommen und zu einer grösseren Transparenz gelangen, um damit zu einem besseren Instrumentarium der Beurteilung und der Bewertung des Einsatzes dieser ganz erheblichen Mittel zu gelangen, die wir hier bewilligen.

Martin Jacques (R, VD): Permettez-moi en préambule de préciser que j'essaierai d'éviter, dans la mesure du possible, dans mon intervention, les lieux communs habituels revenant à chaque débat touchant la science et la recherche.

Il est quand même bon de rappeler que notre pays traverse une crise conjoncturelle, structurelle et culturelle grave. Nos finances publiques sont en mauvais état, et, vous en conviendrez, c'est un euphémisme! Il importe dès lors de ne pas réduire linéairement nos charges, mais bien de faire des choix de priorités. Nous devons en faire un ce matin et je vous invite à suivre votre commission qui, à mon sens, a fait un bon choix.

Ce double crédit qui dans sa globalité peut paraître impressionnant s'inscrit dans la ligne minimum des efforts consentis par nos prédécesseurs politiques, responsables de la bonne marche de ce pays.

La diminution de l'aide de base aux universités est inquiétante, car souvent, pratiquement toujours d'ailleurs, les cantons universitaires doivent trouver les compensations de plus en plus difficilement. Certes, il nous importe à tous de mieux coordonner et ceci à tous les niveaux, cantons/Confédération ou canton à canton, sur le plan de l'université. Des efforts très sérieux – situation financière oblige – sont entrepris. De grâce, dans cette période de transition difficile, sachons maintenir un minimum de moyens afin de sauver les structures de formation dans les hautes écoles indispensables à notre jeunesse.

Les programmes de recherche prioritaires demandent eux aussi un effort maximum. Minast présente à cet égard un exemple intéressant de nouvelle philosophie de la participation de l'industrie à un cofinancement. Cette interpénétration de la recherche et du développement permet à notre économie de se maintenir à la pointe du progrès, et d'être dès lors compétitive. En étant compétitive, elle crée des emplois producteurs de richesse, ce qui reste à terme la meilleure manière de lutter contre le chômage!

Le président l'a relevé tout à l'heure dans son rapport, un certain flou persiste, Madame la Conseillère fédérale, quant à l'avenir des sciences de la terre au Poly de Zurich, tout particulièrement en ce qui concerne la foresterie. Les futures HES, dans la version de la loi adoptée par notre Conseil ce printemps dernier, ont écarté les formations intermédiaires touchant à la forêt. Il importe dès lors que nous maintenions au niveau universitaire la profession d'ingénieur forestier qui, dans l'évolution de la relation que notre société entretient avec la nature forestière, est indispensable par sa polyvalence. Il suffit de penser à la recherche scientifique qui nous permettra à terme de connaître et surtout d'anticiper les effets destructeurs de notre civilisation sur la forêt.

En conclusion, je vous invite à suivre la proposition de la majorité de votre commission.

Bloetzer Peter (C, VS): Bei dieser Vorlage geht es um die Weiterführung der Hochschul- und Forschungsförderung in den Jahren 1996–1999. Dabei stellt sich sicher nicht die Frage, ob wir auf die Vorlage eintreten wollen. Vielmehr geht es darum, wie hoch die Kredite für die Jahre 1996–1999 angesetzt werden sollen. Im Auge zu behalten sind dabei nicht nur die öffentlichen Finanzen, sondern auch die übergeordneten Interessen unseres Landes. Im Bereich der Wissenschaft und der Forschung muss der Bund weiterhin als verlässlicher Partner von Wirtschaft und Gesellschaft auftreten. Darum geht es im wesentlichen. Aus dieser Sicht bietet uns die Vorlage Gelegenheit zu einigen forschungspolitischen Überlegungen:

Die konzeptionelle und strategische Arbeit im Bereich der Forschungs- und Wissenschaftspolitik muss schwergewichtig weiterverfolgt werden. In diesem Punkte teile ich die Meinung der Vorredner. Der Forderung nach mehr Kohärenz und nach einer vertieften Gesamtkonzeption im Bereiche der Wissenschaftspolitik kann ich mich anschliessen.

Allerdings ist für mich dabei die Reform der Strukturen keineswegs prioritär. Sie darf nicht Selbstzweck sein. Der Inhalt und das Resultat sind wichtiger als die Form. Das natürlich Gewachsene hat seine Vorzüge und beinhaltet oft eine eigene Weisheit. Bei raschen Strukturreformen kann man den Dingen oft nicht «an die Wurzeln» gehen, und die Gründe, warum etwas auf seine Art gewachsen ist, sind oft schwer zu erkennen. Wenn man diesen Ruf nach Kohärenz und vermehrter Führung werten will, muss man zwischen Grundlagenforschung einerseits und angewandter Forschung andererseits unterscheiden, und dies, obwohl der Übergang zwischen den beiden Bereichen immer mehr fließend wird. Zum einen haben die Hochschulen und die Forschungsstellen die Aufgabe, in unserer Gesellschaft als eigentliche Vordenker, als Think-tanks, zu wirken. In diesem Bereich ist die Arbeit ein gutes Stück weit zeitunabhängig. Es geht dabei

insbesondere um die Förderung des kulturellen Erbes und um die Grundwerte in Staat und Gesellschaft. Diese Arbeit kann wohl evaluiert werden, aber eine eigentliche, unmittelbare Erfolgskontrolle kann in diesem Bereiche sicher nicht bis ins letzte angestrebt werden.

Der andere Bereich ist mehr anwendungsbezogen, und hier ist der Ruf nach Führung, nach klarer Formulierung von Leistungsaufträgen und nach Erfolgskontrolle berechtigt und angezeigt. Hier müssen die wissenschaftspolitischen Behörden, aber auch der Bundesrat und das Parlament sowie die übrigen Verantwortungsträger in Wirtschaft und Gesellschaft Ziele formulieren und den Erfolg auch tatsächlich kontrollieren und korrigierend eingreifen.

In diesem Zusammenhang hätte man wohl erwarten dürfen, dass die Botschaft vermehrt auf die grossen Probleme der Zeit in Gesellschaft und Staat eingegangen wäre, diese aufgezeigt und die Festlegung von Prioritäten bei diesen Zielen vorgenommen hätte. Eines der grossen Probleme ist die Stärkung der Wohlfahrt und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Herr Bundespräsident Villiger hat es gestern hier in diesem Rat klar ausgedrückt: Wir müssen wirtschaftliches Wachstum sicherstellen. Es ist dies eine Voraussetzung, damit wir die Probleme in Staat und Gesellschaft lösen können. Wir müssen als Wissenschafts- und Forschungsstandort konkurrenzfähig sein und bleiben. Wir müssen aber auch den raschen Wissens- und Technologietransfer zur Wirtschaft – insbesondere zu den KMU – sicherstellen, und dies nicht nur in den Ballungszentren, sondern auch in der Fläche, in den Regionen. Unsere Wirtschaft muss voll auf Innovation setzen, wenn sie in Zukunft konkurrenzfähig bleiben will. Die KMU sind die Innovationsträger. Sie schaffen die neuen Arbeitsplätze in unserem Lande. Ich verweise hierzu auf unsere Beratungen anlässlich der KWF-Vorlage (94.103). Freilich gibt es grosse Probleme, die nicht mit Wachstum allein gelöst werden können. So geht zum Beispiel auch aus einer Studie der OECD hervor, dass Vollbeschäftigung nicht allein durch Wachstum sichergestellt werden kann. Es wird neue Ansätze brauchen, vorab auch im sozialen und gesellschaftspolitischen Bereich. In diesem Sinne zeigt die Botschaft die Dinge richtig auf. Der Nationalrat und die Mehrheit der Kommission haben richtig entschieden, wenn sie gerade diesen Bereich nicht vernachlässigen und sicherstellen wollen, dass hier keine Streichungen vorgenommen werden. Ich bin für Eintreten und beantrage Ihnen Zustimmung im Sinne der Kommissionsmehrheit.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Beaucoup de choses ont été dites, et je ne voudrais pas les répéter. J'aimerais rappeler en quelques mots le but que nous nous sommes impartis pour les quatre ans à venir ainsi que ce que nous avons l'intention de faire pour réaliser les demandes que le Parlement nous soumet maintenant ou nous a déjà soumises.

Les tâches principales pour les quatre ans à venir sont de différents ordres:

1. Plusieurs d'entre vous l'ont souligné, il s'agit tout d'abord de maintenir le niveau de qualité de la science en Suisse. Ce niveau est élevé, mais, ne nous y trompons pas, il résulte d'investissements faits dans le passé, et il n'est pas garanti si nous ne sommes pas prêts à faire aujourd'hui les mêmes investissements. Plusieurs d'entre vous ont souligné le caractère inquiétant de certaines tendances, je pense en particulier à la délocalisation des activités de recherche et de développement de l'économie suisse.

La Confédération est appelée à soutenir les universités dans leurs tâches capitales: la formation de base, mais aussi la formation de la relève scientifique, qui a été évoquée tout à l'heure, la formation avancée de futurs cadres et la recherche. Nous devons encourager la formation par des subventions de base annuelles, nous devons soutenir la recherche libre et la recherche orientée. Je remercie tous ceux qui ont plaidé ici la cause de la recherche libre, laquelle ne signifie pas que l'on ne doit pas rendre des comptes concernant la qualité des recherches effectuées, mais bien que les sujets

de recherche sont déterminés par la communauté scientifique. De même, le contrôle de qualité se fait par la communauté scientifique, et il est sévère lorsqu'on l'envisage sur le plan international et que l'on appelle à la rescousse des chercheurs de notoriété internationale pour juger ce qui se fait ici. Je remercie aussi ceux qui ont plaidé en faveur de la recherche orientée. En outre, et cela fait partie du même chapitre du niveau de qualité de la science suisse, au cours des quatre ans à venir, nous devons également améliorer la collaboration entre la recherche et l'économie.

2. Nous devons ouvrir la recherche suisse plus largement encore au monde extérieur. Nous sommes actuellement engagés dans des négociations bilatérales avec l'Union européenne et M. Danioth a demandé où nous en étions. Je ne peux pas partager tout à fait l'appréciation extrêmement critique de M. Danioth envers l'Union européenne. Selon lui, il y aurait peut-être, à la limite, un certain manque de bonne foi ou de diligence à notre égard, dans une politique qui lierait les différents dossiers actuellement en discussion. Nous savions d'entrée de cause que ces négociations sectorielles seraient malgré tout la négociation d'un paquet. Ce que nous ne connaissons pas aujourd'hui, c'est la géométrie exacte de ce paquet. Vous savez qu'actuellement, les discussions portent sur l'idée – un peu déplacée en cette saison, mais qui pourrait tout à fait nous satisfaire – d'une «Frühernte», d'une récolte précoce qui permettrait effectivement de boucler un certain nombre de négociations sectorielles, de façon à en faire malgré tout un ensemble équilibré. C'est la notion qui intéresse nos partenaires de l'Union européenne et qui permettrait de mettre sous toit, plus rapidement que si l'on devait attendre «eine Späternte», les résultats de nos négociations dans le domaine de la recherche. Ces négociations ont bien avancé, dans un double sens, d'ailleurs: pour une solution à long terme, c'est-à-dire la négociation proprement dite, mais aussi parce que nos chercheurs peuvent actuellement participer, projet par projet, aux appels d'offre du 4e programme de recherche de l'Union européenne.

M. Ursprung, secrétaire d'Etat, dont vous avez souligné avec raison l'infatigable activité sur le front de la négociation internationale, vient de me communiquer que nous avons un immense écho en Suisse quant à ces appels d'offre du 4e programme. Environ 400 propositions en provenance de la Suisse ont déjà été déposées à Bruxelles, dans un cadre qui nous permet de participer à cette recherche, aussi en tant que leader intellectuel et scientifique, même si la gestion du projet ne peut pas être assumée par une équipe suisse à cause de notre caractère extérieur à l'Union européenne. Vous avez souligné avec raison, Monsieur Danioth – je ne reprendrai pas le titre que vous avez cité: «Forschungsverhandlungen in der Sackgasse», c'est le contraire qui est vrai, elles avancent, elles aboutissent, elles permettent déjà d'éviter une marginalisation de la Suisse –, que c'est l'ensemble des négociations qui doit arriver à cette vendange, et j'espère avec vous que ce sera une vendange précoce, moins ambitieuse que celle que demande l'Union européenne.

Vous savez que le point principal en discussion touche à la libre circulation des personnes. Sur ce plan, la position du Conseil fédéral est très claire. Il faut que nous supprimions toute discrimination à l'égard des ressortissants de l'Union européenne, mais nous ne sommes pas prêts à renoncer à un contrôle quantitatif aux frontières, c'est-à-dire à un système de contingent qui, pour nous, a une importance majeure dans la gestion du marché du travail. Il est clair que nous avons du grain à moudre, et que nous avons encore des moyens, dans le cadre de la négociation de progresser en faveur de l'absence de discrimination des ressortissants de l'Union européenne. Mais les négociations ne me paraissent pas dans l'impasse.

J'aimerais ajouter que les efforts que nous faisons pour intégrer la recherche suisse dans la recherche de l'Union européenne ne nous fait pas oublier une autre tâche fondamentale qui est celle d'intensifier nos contacts avec les autres pays du monde, en particulier avec le Japon et les Etats-Unis d'Amérique. Nous avons mené dans les deux domaines des négociations qui devraient nous conduire à des structures ré-

gulières d'échanges d'informations, cela sous le titre de table ronde.

3. Le troisième élément clé de notre tâche pour les quatre ans à venir, c'est de réformer les études. Là, bien sûr, nos possibilités de réforme sont limitées, dans la mesure où nous devons le faire avec les universités, à l'intérieur des universités, nous devons même compter dans certains cas avec l'autonomie des facultés. Il faut susciter le débat sur le fait que nous avons des durées d'études trop longues – je pense en particulier à la Suisse alémanique; la Suisse romande pratique des cycles d'études plus courts en général –, que nous avons besoin de mieux structurer les cycles d'études, de mieux articuler la formation de base et la spécialisation.

4. La quatrième tâche, c'est de renforcer la coopération entre les universités. J'y reviendrai tout à l'heure dans les questions de coordination. Nous avons fait des progrès dans ce domaine. Je pense en particulier à la physique des corps solides répartie entre Genève et Zurich, à la physique des plasmas à Lausanne, à une concentration en physique aérospatiale et du climat à Berne. Vous voyez ainsi que la physique, par exemple, est en train de se réorganiser par spécialisation, c'est un modèle que nous entendons suivre également dans d'autres disciplines.

Puis, certains orateurs l'ont soulevé, la création des hautes écoles spécialisées nous amènera de plus en plus à rendre cohérent le système de l'enseignement supérieur. C'est une nécessité absolue non seulement sur le plan de la cohérence de la politique de la Confédération, mais également sur celui des passerelles qu'il faut créer entre les deux systèmes et de la meilleure définition de ce qui doit rester du domaine des universités et de ce qui doit devenir du domaine des hautes écoles spécialisées. Je ne soulignerai jamais assez qu'elles n'ont pas uniquement une tâche d'enseignement, mais également une tâche de recherche orientée ou de recherche appliquée.

J'en viens au point de la réforme des structures de la politique de la science. Moins durement qu'au Conseil national, vous avez quand même mis en évidence des espoirs qui étaient attachés à ce domaine et certaines déceptions peut-être ressenties à la lecture du message. Le président de votre commission a souligné – et je partage son point de vue – qu'une approche pragmatique dans un monde en perpétuel changement est finalement aussi une bonne façon d'approcher un problème dont il faut veiller en premier lieu à ne pas briser le dynamisme, la créativité et la qualité.

J'aimerais dire ici très clairement quelles sont les tâches que nous aurons à remplir au cours des quatre ans à venir et donner un peu plus d'informations sur le moment où nous pensons pouvoir les réaliser:

1. Pour moi, la tâche prioritaire en matière de coordination concerne la coordination au sein de l'administration fédérale – cela a été souligné également par M. Cavadini Jean. Les sept départements fédéraux s'occupent de recherche, et il doit y avoir une meilleure coordination. Nous nous sommes doté d'un instrument de coordination, il s'agit du groupe de travail interdépartemental IDA-WI, présidé par M. Ursprung, secrétaire d'Etat. Cet instrument n'est certainement pas encore un instrument suffisamment efficace pour arriver à cette politique cohérente et pour offrir à nos partenaires des interlocuteurs parlant d'une seule voix. Ceci est lié bien sûr à la réforme du gouvernement et de l'administration. Le Conseil fédéral pense prendre un certain nombre de mesures d'ici la mi-1996, et il est certain que les questions de recherche seront une des questions principales de cette réorganisation. Cela ne signifie pas que je puisse, à l'heure qu'il est, donner la moindre indication quant aux réponses que l'on trouvera à une meilleure coordination au sein de l'administration fédérale.

2. Il nous faudra améliorer certainement la coordination entre la Confédération et les cantons, et je pense en particulier au domaine de l'éducation et de la formation. Là, nous nous sommes actuellement engagés, dans tous les organes auxquels nous participons, à améliorer le fonctionnement et à trouver une meilleure articulation des différents organes de coordination qui existent. En particulier la Conférence univer-

sitaire suisse qu'on envisage d'intégrer davantage à la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique. Il faudra veiller dans ce transfert à ne pas perdre les éléments de participation du corps enseignant, des corps intermédiaires et des étudiants, qui existent actuellement dans la Conférence universitaire suisse. Nous pensons également intégrer la Conférence des hautes écoles spécialisées dans la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique, ce qui permettra de coordonner ces deux domaines. Nous pensons à assurer une participation plus fonctionnelle de la Confédération à cette structure. Ces questions devraient trouver une solution dans le courant des deux ans à venir et supposent très vraisemblablement une modification de la loi sur l'aide aux universités.

3. La coordination de la recherche me paraît un problème beaucoup moins urgent. Nous avons là des instruments de coordination qui sont des instruments efficaces, en premier lieu, Monsieur Cavadini, le Fonds national suisse de la recherche scientifique. Nous sommes persuadés que, dans ce domaine, le problème qui se pose est davantage celui de travailler en permanence dans le cadre des structures existantes et de se donner le temps, dans la deuxième moitié de la période que nous examinons actuellement, de voir si des modifications doivent être entreprises, par exemple quant au rôle des académies ou quant à la mission du Conseil suisse de la science.

Encore une fois, nous avons là une centralisation des moyens qui fait que les instruments de coordination sont déjà largement existants et efficaces.

J'en viens à la question financière, qui est bien la question la plus délicate. Je remercie ceux qui considèrent que des moyens supplémentaires sont nécessaires. Le Conseil fédéral, face à l'urgence des problèmes des finances publiques, a été obligé de procéder à des coupes encore plus importantes que les coupes initialement prévues par le Département fédéral de l'intérieur lui-même, qui s'était déjà montré très dur face aux demandes qui lui avaient été présentées par les différents organes et les différents partenaires. Le Conseil fédéral est cependant d'avis que c'est dans le domaine des programmes de recherche prioritaires que nous avons cette flexibilité qui nous permet de réaliser les objectifs ou d'apporter une contribution aux objectifs d'équilibre des finances publiques.

Je vous prie de vous rallier à la proposition de la minorité, qui suit le Conseil fédéral dans cette politique d'austérité. Je reviendrai sur les conséquences très douloureuses, mais supportables, que cela implique.

Les propositions financières que nous vous faisons font effectivement état d'un décalage entre les demandes qui ont été formulées et les choix qui vous sont proposés par le Conseil fédéral. Nous considérons cependant que ce taux de croissance de 2,5 pour cent est celui qui permet de ne pas démanteler ce qui existe actuellement en Suisse. S'il est vrai que l'on ne tient pas encore compte dans ce taux de 2,5 pour cent de coupes budgétaires qui vous seront proposées dans le cadre des mesures d'assainissement – je me souviens que le Parlement a demandé que les coupes linéaires soient plus importantes quant à leur total que ce que le Conseil fédéral vous avait présenté –, nous espérons bien pouvoir sauvegarder de ces coupes un certain nombre de rubriques qui ressortissent à la recherche et à la formation. En particulier, la recherche fondamentale du Fonds national ne devrait subir aucune coupe, c'est-à-dire que ce taux de 2,5 pour cent devrait lui être assuré. Je considère d'ailleurs aussi comme une promesse qui a été faite dans le cadre des discussions sur le crédit de recherche européen, que le Dictionnaire historique de la Suisse, les glossaires nationaux, la recherche sur le cancer et le sida et les programmes Cost ne subissent pas de coupes. Par contre, dans d'autres rubriques, il n'est pas assuré que nous puissions y renoncer.

Là où il n'y aura pas de coupe non plus, ce sera dans les programmes européens dans le domaine de l'éducation. Nous devons aller de l'avant. C'est là, M. Daniotti, que nous sommes actuellement dans une situation difficile, non pas en ce qui concerne la recherche, mais la formation européenne.

C'est là que nous devons trouver les moyens pour assurer une solution de continuité, dans la mesure où les universités ont maintenant réussi à établir des liens et où de jeunes étudiants ou jeunes chercheurs sont pris dans ce programme d'échange. Nous nous faisons là plus de souci quant à la possibilité d'aboutir rapidement. Je vous remercie de votre soutien dans ce domaine. Il n'y aura pas non plus bien sûr de coupes supplémentaires dans les programmes spéciaux, dans l'encouragement de la relève et dans les programmes prioritaires. Celles que nous vous proposons sont déjà suffisamment importantes.

Dans le cadre de ces mesures de restriction budgétaire, il est clair que les différents instituts concernés doivent trouver les moyens de fixer des priorités et des postriorités.

Nous avons effectivement gardé dans le message une évocation des décisions prises dans le cadre du système des portefeuilles par le Conseil suisse de la science, ce qui est en partie en contradiction avec les décisions prises par votre Conseil. Cela devra être corrigé. Je souligne très clairement que le système du portefeuille est un système itératif, ce n'est pas un système figé une fois pour toutes, c'est un instrument permanent de gestion des priorités et des postriorités. D'ailleurs, le grand nombre de successions qui devront être assurées dans le domaine de la recherche et de la formation permettent aussi en permanence ces ajustements.

Malgré tout, il est clair que, sans vouloir décharger les écoles polytechniques de leur rôle de formation dans le domaine des ingénieurs forestiers, un ajustement entre les différentes voies de formation dans les professions de la forêt doit être envisagé. Le Conseil des EPF y est actuellement attaché. Nous le ferons en collaboration avec la commission de la Conférence des directeurs de l'instruction publique, dirigée par M. Stöcklin. Il est clair que dans tous les domaines où il y a une formation de niveau hautes écoles spécialisées et une formation de niveau universitaire ou école polytechnique, nous devons veiller à l'articulation de la recherche dans ce domaine.

En ce qui concerne la remarque faite quant aux activités et aux recherches de l'Institut Paul Scherrer sur les énergies classiques et nucléaire, je vous rappelle la réponse que nous avons donnée à la Commission de gestion à ce sujet dans la dernière séance du Conseil des EPF. Un rapport d'évaluation internationale sur le domaine de l'énergie à l'IPS a été examiné, qui montre que le niveau de la recherche nucléaire est très bon. Par contre, dans la recherche classique, une vision plus différenciée serait nécessaire. Le Conseil des EPF va donc faire démarrer une étude sur la répartition des tâches en matière énergétique dans l'ensemble du Domaine des EPF. C'est à cela que faisait également allusion le message.

Pour terminer, j'en viens à la question des programmes prioritaires. Pour le Conseil fédéral, le choix de ces programmes correspond aux critères qu'il s'est fixés. Certains ont regretté que ces critères ne soient pas dans le message. Permettez-moi de vous les donner très rapidement.

Pour que l'on puisse choisir un programme prioritaire, il faut que la qualité scientifique de la recherche proposée soit assurée; qu'il s'agisse d'un domaine stratégique dans la politique de la recherche; que ce domaine soit en plein développement à l'étranger et que seul un effort accru permette à la Suisse de rester ou de devenir compétitive; que le potentiel de recherche existant demande un effort de meilleure structuration pour accroître son efficacité; que le soutien ciblé de ce domaine puisse aboutir à une participation accrue des chercheurs suisses aux programmes internationaux de recherche; enfin, «last but not least», que l'industrie et les applicateurs soient prêts à collaborer avec les chercheurs universitaires pour accélérer le transfert de technologies. C'est sur la base de ces critères que nous vous avons soumis les programmes prioritaires – qui sont votre instrument. Les propositions que nous vous avons soumises ont d'ailleurs reçu un large soutien de votre part, et je vous en remercie.

Il est clair qu'il y a un certain décalage dans le message entre les moyens financiers qui seraient souhaitables pour réaliser

ces programmes, la façon dont ils sont décrits dans le message, et le budget qui vous est finalement proposé. Cela est dû tout simplement au décalage dans le temps entre la rédaction du message et cette décision de coupe budgétaire que le Conseil fédéral a été obligé de prendre.

Malgré tout cependant, je peux vous assurer que si les programmes prioritaires de recherche devront de ce fait être redimensionnés, ils restent faisables et ils sont indispensables. Je vous prie donc de leur accorder votre soutien et de ne pas procéder à un choix parmi ces programmes.

J'en viens aux remarques de M. Onken concernant l'identification des flux financiers:

1. Vous savez que j'ai pris la liberté devant le Conseil national de modifier la position du Conseil fédéral qui, au départ, souhaitait le rejet d'un postulat nous demandant de faire une analyse pour l'identification des flux financiers. Je me suis permis de dire que le délai imparti par ce postulat était trop court pour rendre un rapport circonstancié sur l'ensemble des flux financiers de la Confédération. Cependant, j'ai pris l'engagement de faire dans le délai d'un an un rapport sur l'avancement des travaux visant à rendre plus transparents ces flux financiers, et de mettre au premier plan la solution des incompatibilités statistiques qui continuent de régner au sein de l'administration fédérale. Ces incompatibilités statistiques ont été identifiées. Nous travaillons actuellement avec l'Office fédéral de la statistique, l'Administration fédérale des finances et les organes chargés de l'éducation et de la science pour arriver à un système conforme à votre vœu de transparence. C'est dans le cadre du comité interdépartemental IDA-WI que l'on demande également une telle concertation. Les premiers relevés selon une nouvelle méthodologie ne pourront cependant intervenir qu'en 1996.

2. Je réponds à la question concernant la nécessité d'un rapport intermédiaire. D'autres ont souligné que le rapport leur paraissait insuffisant quant à l'analyse de ce qui s'est passé au cours des quatre ans précédant la période couverte par le message. Je tiens à vous rappeler que c'est le Parlement lui-même qui souhaitait qu'un tel rapport d'activité ait lieu au milieu et non à la fin de chaque période. C'est la raison pour laquelle vous avez eu l'année passée un rapport sur la réalisation à mi-parcours du programme quadriennal. Vous recevrez en 1997 un rapport sur les quatre ans qui seront à cheval sur la période entre l'ancien et le nouveau crédit. C'est vous qui l'avez souhaité ainsi, mais je crois que c'était à bon escient que le message lui-même n'inclue pas le rapport, mais que le rapport ait lieu au milieu de la période entre deux rapports financiers. Ainsi, nous avons rempli pleinement le postulat cité par M. Onken.

Je crois avoir répondu à l'essentiel des questions et je vous remercie d'entrer en matière.

Iten Andreas (R, ZG), Berichterstatter: Zu einigen der Entwürfe liegen keine Anträge vor. Sie sind unbestritten. Ich werde deshalb so vorgehen, dass ich zu diesen Entwürfen nichts sage, sondern nur zu jenen, bei denen Anträge vorliegen. Ich bitte Sie, diese Vorlagen dann zügig durchzuberaaten, wenn keine Voten aus dem Rat angemeldet werden. Ich spreche nicht mehr zu A, B und C. Bei D ist dann die erste Intervention nötig.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

A. Bundesbeschluss über die Kredite nach dem Hochschulförderungsgesetz in den Jahren 1996–1999 (neunte Beitragsperiode)

A. Arrêté fédéral relatif aux crédits alloués en vertu de la loi sur l'aide aux universités pour la période 1996–1999 (neuvième période de subventionnement)

Gesamtberatung – Traitement global

**Titel und Ingress, Art. 1–5
Titre et préambule, art. 1–5**

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

30 Stimmen
(Einstimmigkeit)

B. Bundesbeschluss über Sondermassnahmen zu Förderung des akademischen Nachwuchses in den Jahren 1992–1995

B. Arrêté fédéral relatif à des mesures spéciales visant à encourager la relève universitaire durant les années 1992–1995

Gesamtberatung – Traitement global

**Titel und Ingress, Ziff. I, II
Titre et préambule, ch. I, II**

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

32 Stimmen
(Einstimmigkeit)

C. Bundesbeschluss über Sondermassnahmen zugunsten der universitären Weiterbildung

C. Arrêté fédéral relatif à des mesures spéciales en faveur de la formation continue au niveau universitaire

Gesamtberatung – Traitement global

**Titel und Ingress, Ziff. I, II
Titre et préambule, ch. I, II**

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

31 Stimmen
(Einstimmigkeit)

D. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Sondermassnahmen zugunsten der universitären Weiterbildung

D. Arrêté fédéral relatif au financement des mesures spéciales en faveur de la formation continue au niveau universitaire

Iten Andreas (R, ZG), Berichterstatter: Zum Beschluss D über die Finanzierung der Sondermassnahmen zugunsten der universitären Weiterbildung, der sich auf den Beschluss C stützt, stellt die Kommission, gestützt auf einen Vorstoss von Herrn Danioth, den Antrag, nicht nur Artikel 2 Absatz 1 des Bundesgesetzes über die Hochschulförderung (HFG) zu erwähnen. Die Erwähnung von Absatz 1 könnte zur Meinung verleiten, dass nur die Weiterbildung auf den Universitäten unterstützt würde. Nach Artikel 2 Absatz 2 des HFG können aber auch ausseruniversitäre Institutionen unterstützt werden. So wurde nach Absatz 2 z. B. die Weiterbildungszentrale Luzern mit 200 000 Franken unterstützt. Der Präsident der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, Regierungsrat Peter Schmid, machte darauf aufmerksam, dass dies auch in Zukunft möglich sein sollte, jedenfalls solange die Sondermassnahmen noch gelten.

Frau Bundesrätin Dreifuss schrieb in einem Brief an Herrn Schmid: «Die Weiterbildungszentrale Luzern erhält nach geltendem Recht, genauso wie die Hochschulen, Bundesmittel für die Weiterbildung.» Frau Dreifuss gibt zu, dass jetzt eine Unsicherheit besteht, weil nur Artikel 2 Absatz 1 erwähnt wird.

Im Sinne der Klarheit beantragt die WBK, nur auf den Artikel 2 zu verweisen, ohne die Absätze zu erwähnen, obwohl der Bundesrat die Auffassung vertritt, dass die Weiterbildungszentrale entsprechend dem Grundsatzbeschluss C auch in den kommenden Jahren unterstützt werden könne, ohne dass Beschluss D ergänzt werden müsse. Die WBK meint, man solle die Klärung vornehmen, man solle nicht ohne Not auf dem Wege der Interpretation auf die Gültigkeit auch von Absatz 2 schliessen müssen.

Die einstimmige Kommission bittet um Zustimmung und damit um Klarstellung, auch auf die Gefahr hin, dass diese Änderung die einzige Differenz bleiben sollte.

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... der Träger nach Artikel 2 des Bundesgesetzes

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 1

Proposition de la commission

Al. 1

.... au sens de l'article 2 de la loi fédérale

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 2, 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

29 Stimmen
(Einstimmigkeit)

E. Bundesbeschluss über die Kredite für die Institutionen der Forschungsförderung in den Jahren 1996–1999

E. Arrêté fédéral relatif aux crédits alloués pendant la période 1996–1999 aux institutions chargées d'encourager la recherche

Gesamtberatung – Traitement global

Titel und Ingress, Art. 1–4

Titre et préambule, art. 1–4

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

31 Stimmen
(Einstimmigkeit)

F. Bundesbeschluss über die Kredite für die Schwerpunktprogramme der Forschung in den Jahren 1996–1999

F. Arrêté fédéral relatif aux crédits alloués pour les programmes prioritaires de recherche pendant la période 1996–1999

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

(Seiler Bernhard)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 1

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

(Seiler Bernhard)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Iten Andreas (R, ZG), Berichterstatter: Wir kommen zur Pièce de résistance der Vorlage. Wir sollten die Artikel 1 und 2 zusammen beraten, obwohl dann die Abstimmung für jeden Artikel einzeln vorgenommen wird. Es geht um die Zustimmung zum Nationalrat, der eine Aufstockung beschlossen hat und dem sich die Mehrheit der WBK anschliesst, oder um die Zustimmung zum Bundesrat gemäss Minderheit Seiler Bernhard und, wie uns die Finanzkommission mitteilte, gemäss Finanzkommission. Frau Bundesrätin, haben Sie das gehört?

Bundesrat Stich hat gestern mit Recht auf die schlechte Finanzlage des Bundes hingewiesen. Er hat gesagt: «Da ist es vielleicht gut, sich zu überlegen, ob Sie die Prioritäten richtig gesetzt haben» Das war genau die Frage der WBK. Wir haben alle drastischen Reduktionen der Eingaben, die der Bundesrat durchgeführt hat, hingenommen.

Die Schweizerische Hochschulkonferenz, der Schweizerische Nationalfonds, die Akademien und die Institute der Forschungsförderung haben dafür Verständnis gezeigt. Bei den Schwerpunktprogrammen, die zur Belebung der gezielten Forschung eingeführt wurden, hätten wir eine sogenannte Priorität erwartet. Hier klafft zwischen den Eingaben und den Anträgen eine zu grosse Kluft.

Für die Schwerpunktprogramme, die der Schweizerische Nationalfonds betreut (Art. 1), also die Programme Umwelt, Biotechnologie, Informatik und «Zukunft Schweiz», wurden 177,2 Millionen Franken gewünscht. Der Bundesrat setzte sie auf 123 Millionen Franken herab. Falls die EU-Programme zum Zuge kommen, werden sie nochmals um 19 Millionen Franken reduziert.

Bei den Schwerpunktprogrammen, die der ETH-Rat betreut (Art. 2), ist die Reduktion noch grösser. Die Eingabe lautete auf 228 Millionen Franken, der Bundesrat schlägt 110 Millionen Franken und bei einer allfälligen Kompensation durch die EU-Programme 43,4 Millionen Franken vor. Es sind die Programme Optik, Werkstoffe und Minast; letzteres gehört in den Bereich der Nanotechnologie.

Die Kommissionmehrheit schlägt nun entsprechend dem Beschluss des Nationalrates eine mittlere Variante vor, näm-

lich 149 Millionen Franken statt 123 Millionen Franken bei Artikel 1 und 146 Millionen Franken statt 110 Millionen Franken bei Artikel 2.

Sehr viel Wert legt die Kommission auf das sozial- und geisteswissenschaftliche Projekt «Demain la Suisse». 1990 wurde vom Schweizerischen Wissenschaftsrat die Frage nach dem Forschungszustand der Sozialwissenschaften gestellt. Eine internationale Expertenkommission kam zu einem äusserst schlechten Befund und schlug ein grossangelegtes Forschungsprogramm vor. Der Schweizerische Wissenschaftsrat schlug daraufhin Alarm. Das Resultat ist das nunmehr vorgeschlagene Schwerpunktprogramm «Demain la Suisse», ein überzeugendes Forschungsprojekt, das ich hier nicht darlegen werde, das aber sehr nützliche und wertvolle Impulse für Staat und Gesellschaft geben wird.

Wir stellen uns heute hilflos zahlreiche Fragen. Warum verlegen immer mehr Firmen ihre Forschung ins Ausland? Heute morgen wurde das fast in allen Voten erwähnt. Warum droht die Schweiz die Standortvorteile zu verlieren? Und es stellen sich viele andere Fragen mehr. Bundespräsident Kaspar Villiger hat gestern auf diese vitalen Fragen hingewiesen. Es wäre zu einfach, würde man die Antwort mit der Ablehnung des EWR begründen. Die Firmen finden vielmehr in der Schweiz zu wenig ausgebildete und kompetente Wissenschaftler, die sich der neuen Produktevisionen annehmen können. Die Firmen beklagen das wirtschafts- und technikfeindliche Umfeld. Die Schwerpunktprogramme können solche Fragenkomplexe klären. Sie fördern vor allem Wissenschaftler in den einschlägigen zukunftsrelevanten Bereichen. Wäre dies nicht eine Priorität erster Ordnung, dann würde ich ohne weiteres dem Bundesrat zustimmen; aber es ist eine. Also müssen wir hier die Akzente richtig setzen.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Mehrheit der WBK zu folgen und damit dem Beschluss des Nationalrates zuzustimmen.

Seiler Bernhard (V, SH), Sprecher der Minderheit: Wir beschliessen heute für die Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996–1999 Kredite in der Gesamthöhe von 3,91 Milliarden Franken. Gegenüber der vorhergehenden Vierjahresperiode ist das eine Steigerung um 2,5 Prozent pro Jahr. Wir wissen, dass nicht nur von seiten der Hochschulen und des Schweizerischen Nationalfonds mehr gefordert worden ist, sondern dass effektiv – das ist verschiedentlich gesagt worden – auch mehr gebraucht würde, um all die geplanten Programme optimal durchziehen zu können. Wegen der misslichen finanziellen Lage konnte der Bundesrat aber nicht weiter gehen, und dem sollte sich nun auch das Parlament anschliessen.

Der gesamte Kredit ist unterteilt in neun einzelne Entwürfe; acht davon, nehme ich an, sind unbestritten. Wie Sie gehört haben, hat der Nationalrat auch diese neun bereits abgesegnnet.

Beim Entwurf F geht es nun um Kredite für die sogenannten Schwerpunktprogramme. Der Berichterstatter, Herr Iten Andreas, hat diese vorgestellt. Ich wiederhole dies nicht, ich kenne auch die Bedeutung aller dieser Schwerpunktprogramme. Eine Übersicht der Gruppe für Wissenschaft und Forschung hat uns deutlich gemacht, dass der Bundesrat gegenüber den Eingaben für diese Schwerpunktprogramme bereits starke Abstriche vorgenommen hat. Ob damit tatsächlich das Programm gefährdet wird oder einzelne Schwerpunktprogramme sogar herausgestrichen werden müssen, wird dann die Zukunft weisen.

Grundsätzlich befürworte ich diese Schwerpunktprogramme inklusive das Programm «Zukunft Schweiz». Ich bin mir auch im klaren, dass die Weiterführung bereits begonnener Programme gegenüber neuen Programmen wie z. B. «Zukunft Schweiz» einen leichteren Stand hat. Ich würde es sogar sehr bedauern, wenn gerade die Arbeit an diesem Gegengewicht zu den rein technisch-wissenschaftlichen Programmen nicht begonnen werden könnte. Die Geistes- und Sozialwissenschaften sind tatsächlich in den bisherigen Programmen praktisch nicht oder nur stiefmütterlich behandelt worden.

Wenn wir heute hier im Ständerat dem Entwurf F zustimmen – daran zweifle ich nicht –, dann beschliessen wir

damit alle aufgeführten Programme, auch «Zukunft Schweiz». Unsere Ratsbeschlüsse sind rechtsgültig und müssen von der Verwaltung umgesetzt werden. Auch der Schweizerischen Hochschulkonferenz und dem Schweizerischen Nationalfonds traue ich so viel Weitsicht zu, dass sie diese neuen Programme auch bei einem reduzierten Kredit aufnehmen werden. Übrigens ist auch der Bundesrat dieser Meinung, indem er in seiner Botschaft dazu schreibt auf Seite 93 (Ziff. 134.145): «Durch Umlagerung, Einwerbung von Mitteln internationaler Programme und rigorose Schwerpunktsetzung sollten auch neue Themenbereiche aufgenommen werden können.» Eine klare Aussage des Bundesrates; auch mit etwas weniger Geld sollten diese neuen Programme nicht scheitern.

Zum Minderheitsantrag: Ich beantrage Ihnen, beim Entwurf F dem Bundesrat zu folgen. Falls sich die Schweiz integral am 4. EU-Rahmenprogramm beteiligt – das ist bis heute noch nicht entschieden, aber wir nehmen an, dass es im Laufe dieses Jahres soweit kommen wird –, dann sollen die Höchstbeiträge für die Schwerpunktprogramme des Nationalfonds und der ETH, also die Beiträge gemäss den Artikeln 1 und 2, reduziert werden. Das sieht der Entwurf des Bundesrates vor, und das vertere ich hier. Damit spart der Bund keine Forschungsgelder ein, er verlagert sie nur von der nationalen Forschung auf die internationalen EU-Programme, und zwar mit der einfachen und klaren Begründung durch den Bundesrat, dass sich einzelne Forschungsschwerpunkte dieses EU-Rahmenprogrammes mit Teilen des Schwerpunktprogrammes decken. Wir sparen damit kein Geld, wir vermeiden aber durch diese Mehrausgaben allenfalls Doppelspurigkeiten in der Forschung.

Auch der Bundesrat ist der Meinung, dass damit gesamtheitlich betrachtet keine Nachteile entstehen, wenn er schreibt (S. 93f., Ziff. 134.145): «Forscher und Forscherinnen der SPP werden in der Lage sein, Projekte zu lancieren, die im Rahmen der EU-Programme finanziert werden können, so dass damit diese Kürzungen mindestens wettgemacht werden.»

Auf die prekäre Finanzlage unseres Bundeshaushaltes brauche ich Sie nicht speziell hinzuweisen. Auch für die nächsten Jahre rechnet niemand mit einem ausgeglichenen Budget und einer ausgeglichenen Rechnung. Wenn Sie der Mehrheit zustimmen, wird uns Herr Bundesrat Stich einmal mehr mit Recht den Vorwurf machen können, dass wir Parlamentarier Bundesratsvorlagen jeweils finanziell noch aufgestockt hätten. Das passiert, wenn Sie der Mehrheit zustimmen.

Für mich stellt sich die Frage der Konsequenz, des sparsamen Umgangs mit Mitteln – zum Teil haben wir die Mittel gar nicht! Es kommen noch zwei weitere Gründe hinzu, die mich zur Überzeugung kommen liessen, dass es richtig ist, dem Bundesrat zuzustimmen:

1. Die Schwerpunktprogramme laufen in der Regel über mehrere Jahre. Sie laufen sogar über zwei Vierjahresprogramme hinaus, und deshalb sind grundsätzlich obere Grenzen von acht bis zehn Jahren festgelegt worden.

2. Ich konnte in einem Gespräch mit dem Präsidenten der ETH Zürich kürzlich feststellen, dass dort Verständnis für gewisse Sparmassnahmen vorhanden ist und dass sich mit weniger Mitteln – so ist mir bestätigt worden –, bei richtigem Einsatz und mit Schwerpunktbildungen, keine schwerwiegenden Nachteile ergeben. Daraus ziehe ich den Schluss, dass neue und noch laufende Schwerpunktprogramme, sofern sich unser Bundeshaushalt verbessert, später wieder verstärkt unterstützt werden können und dass auch etwas geringere Forschungsmittel keine Katastrophe auslösen werden.

Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag und damit auch dem Bundesrat zuzustimmen.

Delalay Edouard (C, VS): Pour la première fois, les dispositions concernant l'aide aux universités et l'encouragement de la recherche sont réunies dans un message unique. Le but est à l'évidence de souligner le lien étroit qui existe entre ces deux champs d'activités.

Le projet du Conseil fédéral porte sur des crédits de 3,910 milliards de francs sur quatre ans, soit 2,077 milliards de francs pour l'aide aux universités et 1,833 milliard de francs au titre de l'encouragement de la recherche.

Le volume des crédits proposés par le Conseil fédéral repose sur une décision de nature générale qui consiste à faire plafonner les dépenses de recherche et de formation à une croissance annuelle de 2,5 pour cent. Cet objectif est tout à fait raisonnable, d'autant plus, il faut le relever, que le Conseil fédéral et le Parlement ont entrepris d'importants efforts depuis une dizaine d'années afin de favoriser la formation et la recherche, car le caractère prioritaire de ce domaine n'est plus à démontrer pour notre pays. Les moyens financiers à disposition ont donc doublé en l'espace de neuf ans et la progression moyenne a été de l'ordre de 8 pour cent par année. C'est important et il faut le dire dans ce débat.

J'ai tout à fait compris les arguments présentés par les membres de la commission formant la majorité, tout comme j'ai pris connaissance des messages qui nous ont été adressés aussi bien par les organismes encourageant la formation et la recherche que par l'industrie privée, qui soutient le principe d'une allocation de moyens plus élevée que celle prévue par le Conseil fédéral.

Mais la Commission des finances a été informée sur les délibérations de votre commission et, dans ce projet, elle a adressé à la commission spécialisée une lettre qui rejoint les préoccupations qui avaient été formulées dans le corapport de la commission du Conseil national à la Commission de la science, de l'éducation et de la culture de ce même Conseil. Or, lors de la session de printemps 1995, le Conseil national lui-même a augmenté de 123 à 149 millions de francs les crédits alloués pour les programmes prioritaires du Fonds national suisse de la recherche scientifique, et de 110 à 146 millions de francs ceux confiés au Conseil des EPF.

La Commission des finances de notre Conseil, qui s'est également fixé pour devoir de se préoccuper de la santé financière de la Confédération, estime que la situation actuelle ne permet pas d'accroître les crédits, pour louables que soient les objectifs, au-delà du projet présenté par le Conseil fédéral. En effet, le Parlement ne peut pas, d'un côté, comme hier par exemple, considérer que l'assainissement des finances fédérales est prioritaire, et, de l'autre, exiger le lendemain que le Conseil fédéral procède à des dépenses supérieures à celles qu'il avait prévues.

Après avoir entendu l'enthousiasme avec lequel les membres de la commission ont défendu la proposition de la majorité, je veux donc apporter ici mon soutien et celui de la Commission des finances unanime à la proposition de la minorité présentée par M. Seiler Bernhard. Sa solitude aujourd'hui me rappelle une image de M. Cavadini Jean qui disait un jour, dans une situation un peu semblable: «Ça fait beaucoup de lions pour un seul chrétien!» C'est pourquoi je ne veux pas que M. Seiler Bernhard, avec sa proposition de minorité, soit seul dans ce débat.

Finalement, s'il fallait faire un choix pour une solution intermédiaire, je pense que nous pourrions accepter les propositions de la minorité à l'article 1er alinéas 1er et 2, c'est-à-dire éventuellement accepter les 123 et les 104 millions de francs, et nous pourrions peut-être apporter notre appui à la majorité pour l'article 2, c'est-à-dire pour les programmes prioritaires confiés au Conseil des EPF.

C'est une solution intermédiaire que je propose à titre tout à fait personnel, parce qu'il est évident que, du point de vue de la Commission des finances du Conseil des Etats, c'est la proposition de la minorité qui a été soutenue dans tous les cas. Je pense que nous avons encore quelques instants de réflexion et que nous pourrions peut-être trouver une solution qui rallierait l'ensemble de notre Conseil.

Onken Thomas (S, TG): Ich möchte zuerst Kollege Delalay sagen, dass wir den Brief der Finanzkommission in der Kommission, die dieses Geschäft vorberaten hat, durchaus zur Kenntnis genommen haben, dass wir ihn ernsthaft diskutiert und die vorgetragenen Beweggründe in unsere Diskussion einbezogen haben. Hier war nicht einfach eine betriebsblinde

Fachkommission am Werk, die die finanzpolitischen Erwägungen leichtfertig beiseite geschoben hat! Wer könnte dies heute auch? Auch uns beschäftigt, wie Sie, wie die Mitglieder der Finanzkommission, die Situation der Bundesfinanzen. Aber selbst unter finanziellen Gesichtspunkten haben wir uns entschlossen, dieser Erhöhung, die der Nationalrat beschlossen hat, zuzustimmen. Das möchte ich noch ganz kurz erläutern:

Wir haben diese sechs Schwerpunktprogramme 1991 mit einem Zeithorizont von damals etwa 6 bis 10 Jahren beschlossen. Wir haben sie mit der Zielsetzung, die der Kommissionspräsident erläutert hat, lanciert, um technologische Schlüsselbereiche und den Umweltbereich zu stärken, den Werkplatz Schweiz zu fördern und die Bildung von Kompetenzzentren und von Netzwerken zu ermöglichen, also Strukturen aufzubauen, die uns in diesen Bereichen bisher gefehlt haben. Das ist uns auch gelungen. Wir haben einen Zwischenbericht vorliegen, eine Evaluation dieser Schwerpunktprogramme von schweizerischen und ausländischen Experten, die klar belegt, dass diese Instrumente erfolgreich eingesetzt und die gesetzten Ziele weitgehend erreicht worden sind. Also: eine gute Aufnahme in der Wissenschaftlergemeinschaft, eine bedürfnisgerechte Ausrichtung im Interesse unserer Wirtschaft, eine innovative und auch disziplinenüberschreitende Kooperation, also Interdisziplinarität, und sehr praxisorientierte Ergebnisse, die umsetzbar sind.

Dies alles ist erreicht worden, obwohl in den ersten 4 Jahren die Mittel ganz erheblich gekürzt worden sind. Die ursprünglich in Aussicht genommenen 357 Millionen Franken sind ja um fast 60 Prozent reduziert worden. Man hat dem Parlament zu Recht eine Stop-and-go-Politik vorgeworfen, also grosszügige Bewilligungen entsprechender Verpflichtungskredite und dann, bei der Umsetzung ins Budget, die bekannten schmerzlichen Kürzungen. Wir sollten jetzt die Erwartungen nicht erneut enttäuschen. Man rechnet doch auch mit einer gewissen Verlässlichkeit, mit einer gewissen Beständigkeit des Parlamentes. Würden wir jetzt hingehen und dem Antrag von Kollege Seiler Bernhard zustimmen, käme es erneut zu Rückschlägen.

Es ist meines Erachtens schon rein von dieser Evaluation her, die den Erfolg belegt, kein Grund gegeben, einen zerstörerischen Hieb gegen die Schwerpunktprogramme zu führen. Denn es geht ja im wesentlichen, neben den beiden wohlbegründeten und ausgewiesenen neuen Programmen, um die Fortführung der bisherigen Programme. Die Fortführung wäre gefährdet, wenn wir diese zusätzlichen Mittel nicht ebenfalls bewilligen.

Herr Kollege Seiler, Sie haben gesagt, die Zukunft werde dann schon zeigen, ob da gewisse Modifikationen und Abstriche gemacht werden müssten. Das wird nicht die Zukunft zeigen. Wir haben darüber schon heute eine ziemlich verlässliche Auskunft, was alles abgestrichen und zusammengestaut werden muss, wenn die Mittel gekürzt werden. Diese Information liegt vor. Die einzelnen Module, die aus den Programmen eliminiert werden müssen, sind sozusagen einzeln benennbar. Es sind sehr schmerzliche Verluste, die hier vorgesehen sind.

Ich bitte darum, nicht zu vergessen, dass den Schwerpunktprogrammen auch noch die Kompensation mit den EU-Programmen abverlangt wird – vorausgesetzt, dass die vertragliche Beteiligung am 4. Forschungsrahmenprogramm gelingt. Diese Kompensationen werden nicht in allen Bereichen so einfach sein. Hier wird den Forscherinnen und Forschern einiges abverlangt. Ich finde das richtig. Die internationale Ausrichtung ist unerlässlich. Aber das Geld kann via Brüssel nicht mehr in allen Forschungsbereichen so leicht in die Schweiz zurückgelotst werden. Das wird jedenfalls grosser Anstrengungen bedürfen. Aber das hat mit dieser Aufstockung hier gar nichts zu tun. Zusätzliche Mittel, die eine Kürzung rechtfertigen würden, bekommen wir aus Brüssel ohnehin nicht, sondern dort kann man allenfalls kompensatorisch das auffangen, was den einzelnen Schwerpunktprogrammen als Abstrich zugemutet wird.

Ich fürchte wirklich tiefgehende Schnitte in dieses Netz, das jetzt behutsam erarbeitet worden ist, und einen Verlust an

Substanz. Das ist vor allem auch das, was uns bewegt zu sagen: Wenn man jetzt nicht über diese acht Jahre durchhält, dann gefährdet man das, was man in den ersten vier Jahren investiert und aufgebaut hat.

Die wissenschaftlichen Kooperationen und Netzwerke, die entstanden sind, würden zerstört. Und wo werden sie zerstört? Insbesondere natürlich bei den kantonalen Universitäten, die diesen Verlust nicht ersetzen können, da sie nicht über die Forschungsmittel verfügen, um etwas von dem aufzufangen zu können, was der Bund hier kürzen muss.

Es kann einfach nicht in unserem Interesse sein, dass wir gefährden – und gefährdet ist es –, was in den ersten vier Jahren aufgebaut worden ist und in den nächsten vier Jahren vollends zum Tragen kommen soll, um uns die Früchte zu bringen, die wir uns für den Werkplatz Schweiz erhoffen.

Die Forschung muss in anderen Zyklen rechnen als nur mit vier Jahren. In vier Jahren ist wirklich nur eine Zwischenbeurteilung möglich. Vier Jahre sind kein tauglicher Zeitraum. Man muss deshalb auch den Schwerpunktprogrammen mindestens diese acht Jahre gewähren. Lasst uns dann dieses Instrument neu beurteilen. Dann können wir entscheiden, ob es wirklich fortgeführt werden soll, ob es sich in allen Teilen bewährt hat oder ob es nicht auch andere, geeignetere Möglichkeiten gibt. Aber lasst uns hier nicht gefährden, was wir 1991 mit soviel Zuversicht und Innovationsbereitschaft auf die Schiene geschoben haben.

Ich bedaure überhaupt – das muss ich hier vielleicht noch anmerken –, dass die einzige Diskussion um eine Kürzung innerhalb eines Kuchens von immerhin 3,9 Milliarden Franken nun ausgerechnet dort geführt wird, wo klare Schwerpunkte gesetzt werden und wo Innovation angeregt wird: nämlich hier bei diesen Schwerpunktprogrammen. Es hätte x andere Möglichkeiten gegeben, um vielleicht Kürzungen zu diskutieren oder Kürzungsanträge zu stellen. Aber wir führen diese Diskussion ausgerechnet hier, wo eine klare Priorität und eine nachprüfbare Zielsetzung gegeben sind und wo die Innovationskraft unserer Wirtschaft unmittelbar gestärkt werden kann. Das ist höchst bedauerlich.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, Vernunft walten zu lassen, den Anträgen der Kommissionsmehrheit zuzustimmen und damit den Beschlüssen des Nationalrates zu folgen.

Cavadini Jean (L, NE): Le président de la commission et M. Onken ont donné les éléments essentiels. Je remercie par ailleurs M. Delalay de la manière très pondérée dont il a fait valoir l'opposition de la Commission des finances à la demande faite par la Commission de la science, de l'éducation et de la culture. Je me limiterai donc à quelques rappels:

1. Il s'agit ici d'être en mesure de ne pas compromettre des programmes prioritaires, qu'ils soient confiés au Fonds national suisse de la recherche scientifique ou aux écoles polytechniques. Ces programmes prioritaires ont déjà été déterminés. Ce dont il s'agit ici, c'est de savoir si nous aurons la capacité de les conduire à leur terme ou de ne pas le faire. M. Seiler Bernhard a dit qu'il présentait une proposition, qui, si elle était acceptée, ne serait pas catastrophique et qui priverait M. Stich, conseiller fédéral, de l'argument d'un Parlement qui serait trop dépensier. Cela ne me paraît pas être le problème que nous avons à traiter. Pourquoi avons-nous accepté des programmes prioritaires? Pour combler le retard que nous avons pris dans quelques secteurs et pour être en mesure d'affronter la concurrence étrangère sur le plan scientifique, donc sur les retombées économiques que nous pourrions en tirer. Aujourd'hui, il s'agit de l'évaluation de ces moyens et non pas de la définition du rôle de la science, de l'importance de la recherche, mais bien des moyens que nous entendons octroyer.

Bien entendu, Monsieur Seiler, nous ne courons pas à la catastrophe si, aujourd'hui, par malheur, notre Conseil devait dire non à la proposition de la majorité de la commission. Mais à quel niveau de danger faut-il se trouver pour entrer dans la mouvance de la catastrophe? Je préfère n'avoir pas à me prononcer.

2. Permettez-moi une remarque concernant l'explication du programme Minast auquel nous portons une particulière at-

ention. Ce programme Minast prend en compte les micro- et nanosystèmes. Il permet un transfert de technologies entre instituts de recherche et industries. Il renforce la place de travail suisse dans le secteur des microsystèmes. On peut mentionner la création aussi de postes hautement qualifiés dans l'industrie, donc la formation de spécialistes de qualité dont nous manquons aujourd'hui. L'environnement, la production, la médecine, l'aviation sont directement intéressés par ces développements. 93 entreprises sises dans toute la Suisse ont fait part de leur intérêt. L'industrie est prête à investir 140 millions de francs dans ce secteur. Or en Suisse, toutes les universités, les deux écoles polytechniques et plusieurs établissements annexes sont impliqués. L'envergure de cette recherche doit absolument être soulignée et nous tenons à ce que les moyens lui soient apportés.

3. Le programme Minast est aujourd'hui entièrement défini. On ne peut pas en différer simplement l'application partielle ou totale. Un programme de technologie de pointe comme celui-là est un programme qui vieillit beaucoup plus vite qu'un programme qui aurait comme but la recherche des mythes fondateurs dans la littérature alémanique du XIV^e siècle. Il est exact que là on peut attendre quelques semaines sans compromettre l'avenir du pays. Dans le cas de cette technologie de pointe, il est évident que dans une année le programme, de stratégique qu'il est, deviendra tactique et dans une année et demie il sera dépassé, obsolète. C'est pourquoi il y a urgence à accepter la proposition qui vous est faite, faute de quoi il vaut mieux faire des petits avions avec les feuilles consacrées à la définition de ce programme contenu dans un classeur fédéral A4 impressionnant. Ne me demandez pas une leçon de vulgarisation, car j'en serais parfaitement incapable.

Par contre, ce dont j'essaie d'être capable, c'est de vous convaincre de la nécessité de bien en rester au montant que la commission, suivant la décision du Conseil national, a défini pour ces programmes prioritaires.

Schmid Carlo (C, AI): Als Mitglied der Finanzkommission möchte ich Ihnen empfehlen, den Antrag der Minderheit Seiler Bernhard, unterstützt von Herrn Delalay, anzunehmen.

Ich glaube mit der Unterstützung dieses Antrages überhaupt nichts ad detrimentum des Forschungsplatzes Schweiz zu unternehmen. Es ist kein Schaden, der entsteht, wenn Sie sparen. Es sind nicht einfach leicht dahergesagte blöde Sprüche, die ich bringe; sondern die Finanzkommission hat sich – der Bedeutung des Themas angemessen – ernsthaft und gründlich mit dieser Frage auseinandergesetzt. Nach gründlicher Überlegung sind auch wir zur Überzeugung gekommen, dass Forschung in der Schweiz selbstverständlich weiterhin einen hohen Stellenwert haben soll. Aber es muss in Zeiten knappen Geldes in der Schweiz an allen Orten ernsthaft die Frage gestellt werden: «Was ist notwendig? Was ist nützlich? Und was ist luxuriös?»

Herr Onken und auch Herr Cavadini Jean haben im Nachgang zu den Äusserungen des Kommissionspräsidenten gesagt, diese Schwerpunktprogramme seien auf längere Zeit angelegte Programme, die schon im alten Kredit enthalten gewesen seien. Das stimmt, nur «Demain la Suisse» und Minast sind neu. Aber hier sind wir genau in der Situation, vor der ich Sie auch schon gewarnt habe. Erinnern Sie sich – Frau Dreifuss, Sie waren damals noch nicht dabei –, wann wir diese Kredite beschlossen haben! Es war 1991. Wir standen damals unter dem Eindruck einer Serie von fünf positiven Jahresabschlüssen. 1986 schloss die Finanzrechnung des Bundes mit 1,9 Milliarden Franken positiv ab, 1987 mit 1 Milliarde Franken, 1988 mit 1,25 Milliarden Franken, 1989 mit 884 Millionen Franken und 1990 mit 1,05 Milliarden Franken. Ich muss Ihnen in Erinnerung rufen, dass wir damals in einer Euphorie waren, und der Absturz ist brutal und rasch gekommen: Bereits ein Jahr später mussten wir zur Kenntnis nehmen, ein Defizit von 2 Milliarden generiert zu haben, in einer Art, die uns selbst zum Vorwurf zu machen ist, weil wir in allen Beziehungen über alle Massen grosszügig waren.

Wir sind jetzt in der Situation, dass wir im nachhinein wieder sparen müssen. Wir haben zwar nicht 7 Milliarden Franken Defizit generiert, aber 5 Milliarden sind immer noch sehr viel. Wir sollten den Sparelan, den wir angesichts der 7 Milliarden Franken hatten, nicht verlieren. Wir dürfen unsere Bestrebung, die eidgenössischen Finanzen wieder ins Lot zu bringen, nicht aufgeben.

Nun können Sie mir natürlich sagen, dass man mit diesen Beträgen hier die Eidgenossenschaft nicht saniert. Das ist zuzugeben, das wissen Sie so gut wie ich. Aber wenn wir vom Grundsatz abgehen – vom einzigen finanzpolitischen Grundsatz, den wir gefasst haben, nämlich in keinem Bereich über die Anträge des Bundesrates hinauszugehen –, dann werden wir nie die Kraft haben, unsere Finanzen in den Griff zu bekommen.

Herr Iten Andreas zitierte gestern Herrn Stich. Ich muss Ihnen sagen: Es geht nicht nur darum, Prioritäten bei einzelnen Geschäften zu setzen, sondern auch darum, Grundprioritäten zu setzen. Wollen wir mit der sparsamen Finanzgestaltung in unserem Land Ernst machen, oder ist es uns nicht Ernst? Wenn es uns Ernst ist, dann gibt es jeweils eine sehr einfache Antwort, nämlich die, dass wir bereit sind, am Grundsatz festzuhalten, nicht über die Anträge des Bundesrates hinauszugehen.

Ich komme aus einem kleinen, landwirtschaftlichen Kanton. Es hat bei landwirtschaftlichen Krediten viele Aufstockungsveranstaltungen gegeben. Zum Missfallen meines Nachbarn zur Rechten habe ich mich trotz meiner Herkunft nie, soweit ich mich entsinnen mag, an einer solchen Aufstockungsaktion beteiligt, weil ich immer der Auffassung war, derjenige, der finanzpolitisch die Übersicht und die Zügel in der Hand habe, sei der Bundesrat. Ich bin durchaus bereit, hier dem Bundesrat zu folgen in der Meinung, dass wir finanzpolitisch eine kluge Lösung treffen.

Umgekehrt betrachtet frage ich mich: Ist es eine Katastrophe für den Forschungsbereich, wenn wir die Beträge, die die Kommission beantragt, nicht sprechen? Einverstanden, sie sind im Verhältnis relativ hoch. Es betrifft 26 Millionen Franken beim Nationalfonds, auf einen Betrag von 123 Millionen Franken, und es betrifft 36 Millionen Franken bei der ETH, auf einen Betrag von 110 Millionen Franken. Insgesamt sind es also 62 Millionen Franken auf einen Betrag von rund 250 bis 300 Millionen Franken.

Dieser Betrag erscheint relativ hoch, wenn wir ihn nicht sprechen. Aber wenn Sie feststellen, dass in diesem Betrag zwei neue Schwerpunktprogramme enthalten sind, dann ist einmal das Argument von Herrn Onken bereits nicht mehr pertinent, wonach wir uns hüten sollten, einmal gegebene Versprechungen zu brechen und auf acht Jahre angelegte Übungen nach vier Jahren zu kürzen. Ich weiss nicht – das ist Sache der Verwaltung –, wie man die Geschichte verteilen kann.

Es kommt noch dazu: Ich möchte Sie auffordern, im Rahmen dieser wissenschaftspolitischen Debatte ein Argument von Herrn Iten Andreas aufzunehmen. Er hat zum Beispiel in bezug auf das Projekt «Demain la Suisse» gesagt, man habe festgestellt, dass die Schweiz auch wirtschaftlich ins Hintertreffen komme, dass die Industrie den Standort Schweiz verlasse und dass solche Veranstaltungen Fragen beantworten könnten, die uns erlaubten, zu sehen, warum das passiert, und dann entsprechende Massnahmen zu treffen.

Ich glaube das schlechterdings nicht. Wenn Sie wissen wollen, warum die Schweiz langsam ihre Trümpfe verliert, so nicht deswegen, weil wir eine schlechte Forschungspolitik haben, sondern weil wir die Anwendung der Forschung nicht mehr zulassen. Ich lese im «Tages-Anzeiger» von heute, dass vor kurzem zwei Veranstaltungen über Gentechnologie parallel stattgefunden haben. An der einen haben die Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie (SGA) und die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz ihre Vorstellungen präsentiert. Daran hat ein einziger Industrievertreter teilgenommen, nämlich Herr Küenzi von der Ciba-Geigy, der allerdings ein in der Sache bewanderter Herr ist. Er hat versucht, den Parlamentariern nahezubringen, wie eng begrenzt der Spielraum für eine nationale Gesetzgebung sei, und hat wörtlich gesagt: «Wenn die Politiker nicht wollen,

dann gehen wir.» Damit ist für mich die Frage klar beantwortet.

Man kann in Politikerkreisen solche Aussprüche immer als Drohung auffassen, aber die Konsequenzen tragen wir natürlich. Herr Dörig von der SKA hat kürzlich geschrieben, es gebe bald keine nationalen Politiken mehr, die standortbedingt effektiv etwas brächten, es sei denn, man betrachte sich als «Flugzeugträger» mit allen Ausstaffierungen positiver Art für die Gesellschaften, die auslesen würden, welches ihr Ziel ist. Wir müssen keine grossen positiven Veranstaltungen durchführen; wir müssen nur dafür sorgen, dass unsere Industrie hier bleibt und nicht noch «startet» und weggeht.

Wenn Sie diese Fragen von Soziologen, Philologen und Philosophen beantworten lassen wollen, dann bin ich der Auffassung, Sie sollten sich das noch einmal überlegen.

Diese «Schweiz morgen» – «Demain la Suisse» – hat ihren Anfang genommen in einer Untersuchung über die Frage, ob die Sozialwissenschaften in der Schweiz hinreichend dotiert seien. Selbstverständlich kommt man zum Schluss, dass dies nicht so ist. Wenn ich die Schützenvereine in meinem Kanton frage, ob sie von den Gemeinden und vom Kanton genügend Geld erhalten, sagen sie auch nein. Es ist also eine falsche Politik, wenn man die Leute fragt: «Seid ihr genug stark, habt ihr genug Geld?» So kann ich jeden Kredit auslösen.

Was das Programm Minast betrifft, da kann ich nicht mitreden, aber eines möchte ich zur Interessenbindung sagen, Herr Kollege Cavadini: Ich habe keine Interessenbindung, Sie haben aber immerhin zwei Institute in Ihrem Kanton. Das hätten Sie sagen dürfen.

Ich bin insgesamt in dieser ganzen Frage der Auffassung, dass wir niemandem schaden, wenn wir hier sparen. Wir sollten die Finanzdiskussion in jeder Beziehung seriös und ernsthaft durchführen.

Ich bitte Sie daher, den Antrag der Minderheit Seiler Bernhard zu unterstützen.

Jagmetti Riccardo (R, ZH): Wir sind alle in diese Gewichtung einbezogen: Ausbildung, Forschung, Finanzen. Aber gewichten müssen wir nicht nur hier, gewichten müssen wir bei allen anderen Geschäften, die wir behandeln, auch. Ich bitte Sie nur, zu beachten, dass wir nicht jetzt an einem Ort allein den strengen Massstab ansetzen und nachher dann wieder sehr grosszügig sein sollten, sondern wir müssen konsequent sein.

Nun glaube ich, dass in der Schweiz – das darf man objektiv sagen – in Ausbildung und Forschung nicht eine generelle Mangelsituation besteht, sondern Ausbildung und Forschung sind in der Schweiz allgemein auf einem guten Niveau dotiert. Das darf man auch einmal anerkennen. Für mich liegt das Problem nicht im allgemeinen Niveau, sondern das Problem liegt für mich in der Schwerpunktbildung. Wir sollten auch hier die «Giessskane» nicht beliebig benutzen, sondern zentrale Anliegen nicht zu kurz kommen lassen.

Jetzt greife ich zurück auf den Beschluss E, den wir diskussionslos verabschiedet haben, mit den Beiträgen an den Nationalfonds, denen ich gerne zugestimmt habe. In Artikel 1 Absatz 2 reservieren wir 12 Prozent dieser Beträge, über die der Bundesrat verfügen kann, für die Nationalen Forschungsprogramme. Ich vermag diese Forschungsprogramme nicht alle zu beurteilen – das ist eine Fachfrage, mit der man vertraut sein müsste –, aber für gewisse erlaube ich mir, eine Beurteilung vorzunehmen, auch für vergangene Forschungsprogramme.

Bei gewissen dieser Nationalen Forschungsprogramme sind wir weg von dem, was ursprünglich gemeint war, nämlich eine Schwerpunktbildung. Sie wurden zum Teil sehr breit gefächert, und die Ergebnisse stellen aus meiner Sicht nicht den Inbegriff neuester Erkenntnisse dar. Ich wäre also dem Bundesrat dankbar, wenn er bei weiteren Entscheidungen über die Nationalen Forschungsprogramme, die ja nicht im Beschluss F, sondern im vorherigen Beschluss enthalten sind, strenge Massstäbe anlegen würde, um wirklich auch dort Schwerpunkte zu setzen. Und wenn dabei nicht alles Geld benötigt wird, um so besser, denn das, was wir hier in

diesem Entwurf machen, das sind nun genau die Schwerpunktprogramme.

Ich meine, dass ein Programm, ein anspruchsvolles Programm wie Minast eben, eine Akzentsetzung darstellt, die nicht nur den Forschern Freude macht, sondern auch für unsere schweizerische Wirtschaft von Bedeutung ist. Die 93 Firmen, von denen Herr Cavadini Jean sprach, liegen zwischen Basel und Losone, zwischen Altenrhein und Plan-les-Ouates. Alle schweizerischen Hochschulen sind daran beteiligt. Das Projekt ist ein höchst anspruchsvolles. Nun kann man sagen: Ja, dann reduzieren wir es eben etwas. Man kann aber solche anspruchsvollen Projekte nicht in der Form von «Minast light» verwirklichen. Entweder man macht ein solches Programm, oder man verzichtet darauf.

Persönlich bin ich der Meinung, dass wir mit diesen Schwerpunktprogrammen nun wieder auf dem richtigen Weg sind, nachdem wir ihn bei den Nationalen Forschungsprogrammen teilweise – ich will nicht ein generelles Urteil fällen – etwas verlassen haben. Ich plädiere deshalb für diese Schwerpunktprogramme, weil ich der Überzeugung bin, dass sie für uns von Bedeutung sind, und zwar auch für den Standort Schweiz. Ich meine nicht nur den Forschungsstandort Schweiz, ich meine den Wirtschaftsstandort Schweiz, denn was wir hier an neuer Technologie entwickeln, das schafft nachher auch Plätze für qualifizierte Arbeitskräfte.

Kommen wir also bitte etwas vom Giesskannenprinzip weg, namentlich bei den Nationalen Forschungsprogrammen (NFP), und geben dafür den Schwerpunktprogrammen etwas mehr Gewicht. Ich sage das, auch wenn wir dem Bundesrat bei den NFP jetzt die Ermächtigung gegeben haben. Ich äussere das einfach als Wunsch an den Bundesrat, wie bei den NFP von der erteilten Kompetenz Gebrauch zu machen sei.

Herr Seiler Bernhard sagte, der Präsident der ETH Zürich habe erklärt, man müsse auch bei der Forschung mit den Mitteln sorgfältig umgehen. Ich bin damit völlig einverstanden. Ich möchte Ihnen aber zu den Schwerpunktprogrammen nach Artikel 2 einen einzigen Satz vorlesen: «Der Minimalbetrag, der noch eine sinnvolle Realisierung erlaubt hätte, wurde mit 146 Millionen Franken für die drei Programme festgelegt.» Entweder führen wir sie aus oder nicht, aber wir können sie nicht in einer einfacheren Ausführung realisieren. Hingegen besteht die Möglichkeit, dort Zurückhaltung zu üben, wo wir eben nicht mehr solche Schwerpunkte setzen.

Ich plädiere für den Antrag der Kommissionsmehrheit.

Gemperli Paul (C, SG): Ich habe eigentlich nicht vorgesehen, das Wort zu ergreifen. Aber das leidenschaftliche Votum von Kollege Schmid Carlo hat mich doch etwas herausgefordert.

Ich weiss genau, dass man als Mitglied der Finanzkommission und gleichzeitig auch der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur gelegentlich einen Spagat machen muss zwischen den Anforderungen der Finanzpolitik und den Anforderungen, die auf der anderen Seite Bildung und Forschung bringen. Es ist nicht immer leicht, in diesem Bereich den Ausgleich zu finden. Sie wissen, dass ich in der Regel der Finanzpolitik eine sehr hohe Priorität einräume. Wir haben wirklich allen Grund dazu, hier Ernst zu machen und zu versuchen, den Bundeshaushalt zu sanieren.

Aber ich habe schon mehrmals gesagt, dass es nicht möglich ist, die Finanzen einfach mit «Milliönchen da und Milliönchen» dort zu sanieren. Wir müssen grundsätzlich, konzeptionell an diese Probleme herantreten. Dann kommen wir letztlich zu einer Sanierung der Bundesfinanzen.

Für mich gibt es auch noch einen weiteren Grundsatz: Wenn man knapp bei Kasse ist, dann muss man wenigstens noch versuchen, mit dem wenigen Geld etwas Wertvolles zu kaufen. Wenn wir in diesem Bereiche aufstocken, dann machen wir nichts anderes als das, was auch ein normaler Hausvater oder eine Hausmutter machen muss, wenn er oder sie sich in einer schwierigen Situation befindet. Sie können nicht etwas kaufen, das ihnen im Grunde genommen nichts mehr bringt.

Wenn Sie nun das Forschungsprogramm ETH ansehen – Sie finden ja die Zahlen in dieser Botschaft –, dann sehen Sie, dass sich die Wünsche auf total 228 Millionen Franken belaufen; allerdings auch dort schon unter erheblichen Kürzungen. Der Bundesrat hat dann den betreffenden Antrag auf 110 Millionen Franken zurückgestuft. Da aber 66 Millionen Franken als Beitrag der Schweiz in das 4. EU-Forschungsrahmenprogramm eingebaut werden sollen, bleiben dann letztlich von diesen beantragten 228 Millionen Franken lediglich noch 43,4 Millionen Franken oder knapp 20 Prozent der ursprünglichen Summe für das Schwerpunktprogramm ETH. Mit der Aufstockung, die hier mit diesen 36 Millionen Franken noch verlangt wird, würden wir noch auf 79,4 Millionen Franken kommen, also etwa auf einen Drittel des ursprünglich verlangten Betrags. Ich glaube, da muss man tatsächlich sagen, dass hier eine Kürzung vorgenommen worden ist, die schmerzt. Man wird es im Rahmen dieser Programme merken, dass man kreditmässig wesentlich «zurückgefahren» ist und gespart hat.

Das EU-Forschungsprogramm – hier liegt der Hase im Pfeffer, und hier irrt im Grunde genommen auch der Bundesrat – ist nicht ein Ersatz im Massstab 1 zu 1 für eigene Forschung, wie sie hier betrieben werden könnte. Wenn wir 66 Millionen Franken für das EU-Programm wegnehmen, heisst das nicht, dass das in die Programme zurückfliesst, die wir hier fördern wollen. Das ist damit nicht gegeben. Ich bitte Sie, das auf jeden Fall zu beachten.

Natürlich kann man sich fragen – das war ja auch mein Problem –, ob man nicht die Verpflichtungskredite etwas weniger auf einzelne Bereiche hätte aufteilen können. Dann hätte man vielleicht mehr Durchlässigkeit gehabt. Aber wir sind jetzt einmal soweit, und wir können nicht mit der ganzen Geschichte noch einmal von vorne anfangen, sondern wir müssen das, was wir jetzt haben, entsprechend beurteilen. Mit 43 Millionen Franken – nach Abzug der EU-Forschungsbeiträge – können Sie nichts mehr anfangen. Aber wenn Sie im schlimmsten Fall noch 79 Millionen Franken haben, dann kann man wenigstens – zwar reduziert – noch etwas machen. Dann wird mit dem Geld noch etwas Vernünftiges angestellt.

Hier möchte ich noch einen grundsätzlichen Gedanken anfügen: Man kann doch nicht, wenn man in einer schwierigen Lage ist, hingehen – da möchte ich vor allem Herrn Schmid Carlo ansprechen – und bei einem Landwirt den Kredit für das Saatgut streichen, um kurzfristig Geld zu haben. Man muss tatsächlich säen, um nachher auch ernten zu können. Bleiben noch die Angelegenheit «Demain la Suisse» und die Aufstockung des Kredits gemäss Artikel 1: Ich weiss nicht, ob Sie nicht gelegentlich auch etwas in die Zukunft sehen wollen und nicht auch Zahlen suchen, um zukünftige Entwicklungen in der Schweiz belegen zu können, und jedesmal auf Mängel stossen. Es ist ganz eindeutig so: Man tappt im finstern, wenn man über das Jahr 2000 hinaus noch Zahlen über mögliche Entwicklungen im gesellschaftlichen Bereich haben will, die ja auch finanzielle Auswirkungen haben können. Es ist an der Zeit, dass wir hier versuchen, einen gewissen Rückstand aufzuarbeiten. Ich bin überzeugt, dass es sich nachher auch wieder in Franken und Rappen ausdrückt, wenn wir entsprechend sichere Prognosen für die Zukunft stellen können.

Zur Illustration verweise ich auf die Frage der Arbeitslosigkeit. Hier nur ein Beispiel: Sie wissen, dass es in schweizerischen Landen sehr umstritten ist, ob wir beispielsweise ab dem Jahr 2005 eine höhere Arbeitslosigkeit haben, ob wir ungefähr auf dem gleichen Niveau bleiben oder ob die Arbeitslosigkeit dann sogar zurückgeht, weil sich der Geburtenrückgang spürbar macht und unter Umständen auch die wirtschaftliche Entwicklung wieder in eine andere Richtung läuft. Diese Fragen müssen untersucht und erforscht werden, erst dann können wir geeignete Schritte machen.

«Demain la Suisse» ist nicht einfach eine Fortschreibung der Schweizer Geschichte in die Zukunft, sondern es soll handfeste Unterlagen geben, mit welchen nachher in Politik und Wirtschaft gearbeitet werden kann.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

Coutau Gilbert (L, GE): Il est vrai qu'il est difficile d'être membre de la Commission des finances. Il est vrai, comme vient de le souligner M. Gemperli, que nous sommes souvent déchirés entre notre volonté de rigueur, notre volonté de rétablir un équilibre plus satisfaisant des finances de la Confédération, et notre volonté de tenir compte des réalités de la vie quotidienne et des exigences de l'avenir.

Je n'avais pas non plus l'intention d'intervenir dans ce débat, parce que le fait de dire que nous avons des difficultés à prendre des décisions et que nous sommes placés devant des dilemmes n'intéresse personne. Mais l'intervention de M. Schmid Carlo m'incite, en ma qualité de membre de la Commission des finances, à vous dire les choses suivantes: 1. J'ai été un peu choqué par le début de l'intervention de M. Schmid, lorsqu'il a dit: «Rappelez-vous que vous avez voté le dernier crédit-cadre pour la science en 1991, et rappelez-vous que nous étions alors en pleine euphorie.» Ce que M. Schmid voulait dire, c'est que nous aurions voté ce crédit avec une générosité coupable, presque irréfléchie, et qu'au fond c'était dans l'euphorie des années bénéfiques des finances fédérales que nous aurions quasiment jeté de l'argent par les fenêtres.

Je voudrais corriger cette idée, en me fondant sur le message 95.007 relatif au compte d'Etat 1994. A la page 46 de ce message figure un graphique qui montre l'évolution générale des dépenses de la Confédération comparée à l'évolution des dépenses consacrées à la formation et à la recherche. Or, c'est précisément à partir de 1991 qu'on voit apparaître un décrochage du parallélisme que ces dépenses avaient connu jusque-là. On voit en effet qu'à partir de cette année-là, les dépenses générales de la Confédération augmentent plus vite que les dépenses consacrées à la formation et à la recherche. Ce n'est donc pas à cause de l'euphorie des années précédentes, ni à cause des crédits que nous aurions votés avec une générosité aveugle, que les charges de la Confédération au titre de la formation et de la recherche se sont accrues de façon démesurée, bien au contraire.

Voyez-vous, si attentif que je sois à l'équilibre des finances de la Confédération, j'estime que la nécessaire rigueur dont il faut faire preuve pour y parvenir ne signifie pas non plus un simplisme automatique. Il n'y a pas de simplisme automatique dans l'exercice de la rigueur au sens où je l'estime nécessaire. La rigueur, cela veut dire aussi définir des priorités réfléchies à moyen terme. Et précisément, la recherche et la formation – ici en particulier la recherche – ne sont pas des dépenses de consommation comme trop souvent dans notre Etat, où nous avons des dépenses de pure consommation, ce sont strictement des dépenses d'investissement. C'est à partir d'un investissement dans la recherche qu'il est possible de construire, de développer, d'affronter l'avenir. J'estime que l'on ne peut pas raisonner à l'égard des dépenses d'investissement de la même façon qu'à l'égard de dépenses de pure consommation.

Il est vrai que des reproches peuvent être adressés à notre politique de la recherche pour son manque de coordination, de sélectivité, de rendement à certains égards. Mais j'estime aussi que les déclarations qui ont été faites, aussi bien par le président de la commission que par M^{me} Dreifuss, conseillère fédérale, montrent que des efforts résolus sont faits pour résoudre en partie ces problèmes. Ce n'est donc pas en coupant dans les dépenses de recherche que l'on va nécessairement accélérer les améliorations qui sont en cours.

2. J'aimerais souligner le fait que les dépenses de recherche dans notre pays connaissent une évolution intéressante et nouvelle en ce sens que la répartition traditionnelle entre la recherche fondamentale, qui était le fait des cantons et de la Confédération, et la recherche plus appliquée qui était le fait de l'économie privée, est en train d'évoluer. Il devient de plus en plus difficile de savoir si tel ou tel programme de recherche porte véritablement seulement sur de la recherche fondamentale ou s'il comporte aussi quelques développements qui vont en direction d'une recherche appliquée, et inversement. C'est une des raisons pour lesquelles ces programmes de recherche prioritaires vont vers une recherche où l'application est plus immédiate et où elle implique une collabora-

tion plus étroite entre les entreprises et les universités et les écoles polytechniques. Ces évolutions sont souhaitables, elles sont favorables.

C'est pourquoi, finalement, après avoir longuement pesé le pour et le contre entre la rigueur financière et la sensibilité à l'investissement que constitue un programme de recherche, j'opte pour la proposition de la majorité de la commission.

Uhlmann Hans (V, TG): Gestern haben wir in diesem Saal die Staatsrechnung 1994 verabschiedet. Ich erinnere mich noch sehr genau, wie die Mitglieder der Finanzkommission die Finanzlage des Bundes in düstersten Farben geschildert haben. Zu Recht, wie ich meine, absolut zu Recht.

Es wurde festgestellt, dass die Ausgaben seit dem Jahre 1990 dreimal mehr gewachsen sind als die Einnahmen. Es wurde festgestellt, dass die Ausgaben disziplin strikte einzuhalten sei.

Nun, was heisst das? Wenn wir zurückblättern, haben wir einen grossen Teil der Situation der Tatsache «zu verdanken», dass das Parlament immer wieder über die Anträge des Bundesrates hinausgegangen ist. Nun kommen wir heute schon – einen Tag, nachdem viele Mitglieder der Finanzkommission die Situation zu Recht angeprangert haben – und wollen von diesem Grundsatz abweichen.

Herr Kollege Jagmetti, Sie haben gesagt, man solle nicht nur an einem Ort sparen. Da bin ich absolut Ihrer Meinung. Ich glaube, das ist auch nicht der Fall. Es sind alle Beteiligten und alle Sparten aufgerufen, kein Ausgabenwachstum zu akzeptieren, das über das hinausgeht, was der Bundesrat vorschlägt.

Wenn Herr Kollege Onken – er ist zwar jetzt nicht im Saal – sagt, ausgerechnet hier dürfe man nicht sparen, dann muss ich der Kommission den Vorwurf machen, dass sie die Prioritäten eben nicht erkannt hat. Dann hätte man andere Prioritäten setzen müssen. Dann hätte man diese Beträge vielleicht, wie das von Herrn Kollege Onken angedeutet wurde, an einem anderen Ort einsparen können.

Sicherlich, es ist alles wünschbar. Es ist noch vieles wünschbar. Aber ich glaube, wenn wir so weitermachen, dann können wir dem Bundesrat zumindest nie den Vorwurf machen, er sei für die desolante Situation der Bundeskasse verantwortlich. Das dürfen wir nun einfach nicht hinnehmen. Darum bin ich der Auffassung, der Minderheitsantrag Seiler Bernhard sei absolut richtig.

Wenn die Zukunft des Forschungsplatzes Schweiz von dieser Frage abhänge – was ich ja nicht glaube und was auch von den verschiedenen Votanten nicht behauptet worden ist –, dann wäre es wirklich «spät».

Jetzt möchte ich Sie doch noch an einen Zusammenhang erinnern: Heute wollen wir 100 Millionen Franken mehr ausgeben, als der Bundesrat uns vorschlägt; am Montag wird der Bundesrat Massnahmen beschliessen, mit denen in einem anderen Bereich, bei dem schon seit einigen Jahren Einkommensrückgänge in Kauf genommen werden mussten, ebenfalls wieder gekürzt werden soll.

Ich bitte Sie, Herrn Kollege Seiler Bernhard zuzustimmen.

Loretan Willy (R, AG): Ich hatte auch nicht im Sinn zu votieren. Nachdem aber verschiedene Mitglieder der Finanzkommission «ihre Seele» auf den Tisch des Hauses gelegt und «seziert» haben, muss auch ich meine Seele – wie Bundesrat Ogi es zu sagen pflegt – zuhänden des Protokolls und der Geschichte offenbaren. Sie ist nach wie vor finanzpolitisch geprägt.

Ich habe viel Verständnis für den Antrag der Mehrheit der Kommission. Aber: Gestern haben wir hier die geheiligten Prinzipien des Sparens zelebriert, nämlich nominale Plafonierung der Ausgaben 1996 auf dem Niveau 1995 bei den Sachausgaben und ausgabenseitige Kompensationen, wenn wir diese Plafonds überschreiten – das gilt insbesondere für diese «vermaledeiten» Rahmenkredite, die uns jeweils für Jahre auf den schlechten Pfad der Untugend führen, das Sparen zu vernachlässigen.

Wie wollen wir dem Volk – jeder Politiker hat natürlich sein eigenes Volk – erklären, dass wir gestern sagten, jetzt werde

endlich mit dem Sparen Ernst gemacht, und heute, vierundzwanzig Stunden danach, bereit sind, dem Bundesrat, der endlich einmal mit dem guten Beispiel vorangegangen ist, wieder in den Rücken zu fallen, dies wegen einiger Dutzend Millionen Franken? Es geht eben um die Signale, die wir aussenden. Ich werde mit anderen zusammen, die wir heute vermutlich unterliegen werden, das zweifelhafte Vergnügen haben, in Versammlungen usw. einmal mehr zu erklären, warum denn dieses Parlament nicht bereit ist, zu sparen, und selbst dem für einmal sparwilligen Bundesrat in den Rücken fällt.

Wir werden beim Voranschlag 1996 erneut die Zahlungskredite zusammenstreichen und erneut feststellen, dass wir bei den Rahmenkrediten, den Verpflichtungskrediten, überbordet haben.

Ich habe jetzt klar und deutlich gesprochen. Für mich gibt es nichts anderes, als jetzt zu sagen: «Landvogt, bleibe hart!» Wir müssen der Minderheit zustimmen, sonst stimmt unsere Politik überhaupt nicht mehr aufeinander, und wir sind völlig widersprüchlich. Das möchte ich vermeiden helfen.

Iten Andreas (R, ZG), Berichterstatter: Ich werde mich sehr kurz fassen. Ich habe mir sehr viele Stichworte aufgeschrieben. Ich habe aber auch bei den Befürwortern, die meinen Standpunkt vertreten, gesehen, dass sie viele überzeugende Argumente gebracht haben. Das erspart mir eine grössere Zusammenfassung und eine Auseinandersetzung mit den einzelnen Voten.

Ich möchte bei Herrn Loretan anfangen: Wenn Sie zum Volk gehen und dem Volk sagen, was wir hier zum Beispiel mit dem Programm Minast beschliessen wollen, dann wird das Volk das verstehen. Es geht um Arbeitsplätze. Es geht um die Zukunft der technischen Entwicklung und um den Wirtschaftsstandort Schweiz – und das in einer optimalen, schwerpunktartigen Weise. Wenn Sie das den Leuten sagen, vor allem denjenigen, die arbeitslos sind, dann werden Sie verstanden. Sie müssen nur nicht global argumentieren, sondern im Detail.

Herrn Uhlmann möchte ich sagen: Es geht nicht um 100 Millionen Franken heute. Es geht um die 62 Millionen Franken, die Herr Schmid Carlo erwähnt hat. Ich bin sehr glücklich, dass vernünftige, von der Vernunft geleitete Politiker gesagt haben: Wir müssen einen Schwerpunkt setzen.

Was hat Bundesrat Otto Stich gestern gesagt? Er hat uns aufgefordert, in diesem Saal Prioritäten zu setzen! Jetzt sind wir daran, Prioritäten zu setzen, und es ist auch wieder nicht recht. Man argumentiert global und nicht von dieser Optik her.

Es ist unvermeidlich, dass ich kurz etwas zu Herrn Schmid Carlo sagen muss: So geht es nicht, Herr Schmid, eine Expertise zu diskreditieren. So geht es wirklich nicht. Der Schweizerische Wissenschaftsrat hat eine Expertise in Auftrag gegeben und liess den Stand der Sozialwissenschaften in der Schweiz von einem internationalen Gremium untersuchen. Das Ergebnis war katastrophal. Hier müssen also Impulse kommen, und die Impulse werden für die Gesellschaft und für den Staat wertvoll sein. Wenn Sie das Programm wirklich studieren, werden Sie sehen, dass hier ein sehr wertvoller Wissenschaftsbeitrag geleistet werden wird.

Sie haben gesagt, wir hätten 1991 in Euphorie Programme beschlossen, die jetzt weiterlaufen. Orientieren Sie sich einmal über das Programm Lesit. Bei diesem Programm geht es um die Forschung im Bereich der Mikroelektroniksysteme. Da sind wir weit im Hintertreffen. Das Programm Lesit, das sehr erfolgreich gewesen ist, kann durch das Programm Minast abgelöst werden. Beim Programm Minast, wo es um die Nano- und auch um die Mikrosystemtechnologie geht, stammen 55 Prozent der Beiträge von der Privatwirtschaft, und das will doch etwas heissen. Sie wissen, wie die Privatwirtschaft heute jeden Franken umdreht, wenn sie Ausgaben plant, und hier ist sie bereit, mit 55 Prozent mitzumachen. Das beweist doch klar und deutlich, dass hier ein zukunftsorientierter Forschungsansatz besteht, und den sollten wir jetzt schwerpunktmässig unterstützen.

Ich bitte Sie inständig, diese beiden neuen Programme – es geht nicht nur um «Demain la Suisse», sondern es geht auch um das Programm Minast – zu unterstützen. Wir setzen einen Schwerpunkt, und wir werden wahrscheinlich auch eine Leistung vollbringen, die eine Kampfansage gegen die Arbeitslosigkeit ist, die ja immer grösser wird.

Ich danke Ihnen und hoffe, dass wir zu einem guten Resultat kommen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Deux éminents membres de la Commission des finances ont exprimé à quel point il était difficile d'être membre de la Commission des finances. Vous comprendrez que je dise aussi qu'il est difficile d'être membre du Conseil fédéral et d'être placée face à ce même choix qui est de savoir si l'on consacre ou non les moyens initialement prévus à un domaine important de la recherche ou si l'on procède à des coupures. Contrairement à ces deux éminents membres de la Commission des finances, je défends ici le point de vue du Conseil fédéral et la décision qu'il a prise, c'est-à-dire que je mets effectivement au premier plan le choix douloureux qui a été fait de réduire le montant global des fonds accordés à la recherche et à l'éducation en procédant à une coupure dans l'instrument des programmes prioritaires de recherche. Ceci pour une raison toute simple: M. Stich nous répète abondamment – et il a raison –, que nous payons aujourd'hui déjà plus d'intérêts sur la dette de la Confédération que nous pouvons consacrer d'argent à l'ensemble du programme de la recherche et de l'éducation ou à l'ensemble du programme de financement de notre agriculture. Nous avons atteint un niveau d'endettement qui nous oblige effectivement à prendre des mesures qui peuvent faire mal.

Je remercie M. Seiler Bernhard et ceux qui ont soutenu la proposition de la minorité d'appuyer le projet du Conseil fédéral. Vous me permettrez de rappeler aussi tous ceux qui ont mis en évidence l'importance de la recherche pour la Suisse et l'importance de l'instrument des programmes prioritaires. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral a pris la décision de répartir ces coupures, non pas d'une façon automatique et géométrique, mais sur l'ensemble des programmes proposés, ceux qui sont déjà en vigueur et les deux nouveaux; il faut cependant être conscient qu'il faudra reporter certaines activités de recherche. Les unes se laissent plus facilement reporter que les autres. M. Cavadini Jean a souligné que dans certains secteurs très pointus, chaque mois ou chaque semestre perdu l'est sans doute définitivement, alors que dans d'autres domaines, on pourra peut-être davantage choisir les modules qui devront être retenus. Nous avons bien l'intention de poursuivre l'ensemble de ces programmes tout en réduisant un peu la flamme sous ces programmes.

Nous nous sommes également efforcés de voir s'il pouvait y avoir des transferts de fonds des programmes nationaux de recherche vers les programmes prioritaires, qui puissent atténuer la rigueur des mesures que nous vous proposons. Nous sommes arrivés à la conclusion que, dans la plupart des cas, il y a effectivement une spécialisation des programmes nationaux de recherche par rapport aux programmes prioritaires. Ce sont deux instruments différents dont les objectifs et les résultats attendus se situent dans un autre horizon. Les programmes nationaux de recherche ont une durée plus limitée. Nous espérons avoir des résultats à relativement court terme. C'est ainsi que nous les choisissons. Je dirais que c'est le coup de pouce final pour arriver à des résultats intéressants. Je pourrais citer en particulier les deux programmes médicaux que nous avons dans la série actuelle. En revanche, les programmes prioritaires, c'est vraiment la construction d'une infrastructure de recherche dans les domaines que nous avons retenus, dont la durée est beaucoup plus longue.

La seule fois où nous avons remarqué que nous aurions sans doute pu faire quelques échanges, non pas d'argent, mais de questions, c'était dans le programme «Demain la Suisse» et le dans le programme national de recherche «Fondements et potentialités de la politique extérieure suisse». Cela reste bien sûr très limité et n'aurait pour effet

que d'atténuer un peu la rigueur des mesures que nous vous proposons pour le programme «Demain la Suisse».

Puisque je réponds à votre question, Monsieur Jagmetti, qui est aussi une suggestion d'être plus rigoureux dans le choix des programmes nationaux de recherche, permettez-moi de vous dire que le Conseil fédéral est très rigoureux. Est-ce que je peux rappeler que nous avons reçu 227 propositions et que nous en avons retenu 7 dans le programme qui vient d'être décidé? Cela démontre bien qu'une intense activité de sélection est faite dans ces programmes nationaux de recherche.

Je remercie M. Schmid Carlo du soutien qu'il a apporté à la proposition de la minorité. Le président de votre commission a déjà souligné que certains des arguments qu'il avait utilisés contre «Demain la Suisse» – peut-être s'était-il laissé entraîner par sa furia éloquente – étaient des arguments qui ne correspondaient pas à ce qu'est un rapport d'experts tel que celui qui a été demandé.

Il ne s'agit en tout cas pas d'une demande qui aurait été adressée à un «Schützenverein» de niveau intellectuel et qui aurait tout simplement dit qu'il n'a pas assez de munition ou assez de cartouches pour s'amuser comme il mérite de le faire. Il s'agit d'un groupe international d'experts auquel nous avons demandé de mettre en évidence l'état de la recherche dans le domaine de l'éducation, de la science politique, de la psychologie et de la sociologie, notamment.

Je me permets de vous dire très rapidement quels sont les constats de cette analyse. En général, au plan de leur réputation internationale, on ne peut pas dire que les sciences sociales helvétiques soient déconsidérées à l'étranger, mais les points qui ont été relevés doivent nous inquiéter: il n'y a pas de continuité dans les thèmes de recherche; la coordination entre les instituts de recherche manque – ce sont toute une série d'isolats qui travaillent pour eux-mêmes; il y a un manque de cohérence entre l'enseignement et la recherche; il y a une absence de masse critique et une insuffisance de l'orientation pratique des recherches en sciences sociales.

Or, c'est précisément sur tous ces plans que la création d'un programme prioritaire de recherche entend agir – je reprends l'expression «investissement» qui a été utilisée par M. Coutau –, c'est pour créer des liens entre les instituts, c'est pour articuler la recherche et la formation, c'est pour obliger les chercheurs à pratiquer l'interdisciplinarité et la collaboration au-delà des frontières, ou peut-être même entre les tours d'ivoire de leurs instituts; c'est pour tout cela qu'un programme prioritaire de recherche est bon. Ce que nous faisons ici, encore une fois, c'est créer une infrastructure de recherche dans un domaine où nous n'avons pas atteint la qualité suffisante. Il ne s'agit donc pas, Monsieur Schmid, de donner tout simplement des réponses à des questions simples qui seraient posées, mais de créer l'instrument qui nous permettra, tout au long des années et des décennies à venir, de nous interroger sur notre société, sur notre cohésion, sur le fonctionnement de l'économie et ses bases sociales, psychologiques, etc. Il s'agit par exemple d'apporter des réponses aux problèmes de notre société d'une façon générale à travers le renforcement et la restructuration des sciences sociales en Suisse.

J'ai souvent entendu ici des critiques envers la sociologie. C'est justement parce que ce niveau de qualité n'est pas encore atteint que nous avons besoin d'un programme prioritaire. C'est par le programme prioritaire que nous arriverons à augmenter la rigueur de la recherche en sciences humaines dans notre pays. Je remercie tous ceux qui n'ont pas fait de différence entre le nouveau programme Minast et le nouveau programme «Demain la Suisse», tous deux sont urgents et correspondent à une nécessité.

Je répète que le Conseil fédéral s'efforcera de répartir de la façon la plus adéquate possible les coupures que suppose le projet qu'il vous présente et qu'il vous demande de suivre.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 26 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 13 Stimmen

Art. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

(Seiler Bernhard)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 2

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

(Seiler Bernhard)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit

27 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit

12 Stimmen

Art. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

29 Stimmen

(Einstimmigkeit)

G. Bundesbeschluss über die Kredite des Bundes nach Artikel 16 des Forschungsgesetzes für die Jahre 1996–1999

G. Arrêté fédéral allouant des crédits en vertu de l'article 16 de la loi sur la recherche pour la période 1996–1999

Gesamtberatung – Traitement global

Titel und Ingress, Art. 1–7

Titre et préambule, art. 1–7

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

27 Stimmen

(Einstimmigkeit)

H. Bundesgesetz über die Hochschulförderung

H. Loi fédérale sur l'aide aux universités

Gesamtberatung – Traitement global

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Titre et préambule, ch. I, II

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

29 Stimmen

(Einstimmigkeit)

I. Bundesgesetz über die Forschung

I. Loi fédérale sur la recherche

Gesamtberatung – Traitement global

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Titre et préambule, ch. I, II

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

29 Stimmen

(Einstimmigkeit)

*Abschreibung – Classement**Antrag des Bundesrates*

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

Antrag der Kommission

Das Postulat 92.3413 nicht abschreiben

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires selon lettre aux Chambres fédérales

Proposition de la commission

Ne pas classer le postulat 92.3413

Iten Andreas (R, ZG), Berichterstatter: Wir hätten noch ein Postulat Petitpierre, «Schicksal der von der Eidgenossenschaft in Auftrag gegebenen (wissenschaftlichen) Arbeiten», das die Kommission nicht abschreiben lassen will. Ich habe mich bei der Frau Bundesrätin erkundigt. Sie ist bereit, den Vorstoss als ein «Postulat vivant», wie es vorhin bezeichnet worden ist, aufrechtzuerhalten. Die Anliegen von Herrn Petitpierre sind noch nicht ganz erfüllt, und ich glaube, es ist berechtigt, wenn wir das Postulat noch in der Geschäftsliste lassen.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

An den Nationalrat – Au Conseil national

95.3023

Postulat Onken**Berufsmaturität und Hochschulreife****Maturité professionnelle et accès à l'université***Wortlaut des Postulates vom 26. Januar 1995*

Der Bundesrat wird ersucht, in die eidgenössische Maturitätsverordnung eine Bestimmung aufzunehmen, die es den Inhaberinnen und Inhabern einer eidgenössisch anerkannten Berufsmaturität ermöglicht, ihren Abschluss unter entgegenkommenden Bedingungen zu einer allgemeinen Hochschulreife zu ergänzen.

Texte du postulat du 26 janvier 1995

Le Conseil fédéral est prié d'ajouter à l'ordonnance sur la reconnaissance de certificats de maturité gymnasial une disposition qui permette aux détenteurs d'une maturité professionnelle reconnue par la Confédération d'obtenir à des conditions préférentielles un titre équivalent à un certificat de maturité.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Beerli, Bloetzer, Meier Josi, Petitpierre, Piller, Plattner, Salvioni, Schiesser (8)

Onken Thomas (S, TG): Wer die Entwicklung der Berufsbildung aufmerksam verfolgt, den muss sie mit einer gewissen Sorge erfüllen. Wir haben einen krassen Rückgang an Lehrverträgen, die Jugend drängt immer stärker in die gymnasialen Ausbildungen, es gibt bedauerlicherweise Unternehmen, die sich aus der Berufsbildung zurückziehen, und es gibt ernstzunehmende Stimmen, die davon sprechen, dass gar das duale System unserer Berufsbildung gefährdet sein könnte. Es fehlt also nicht an alarmierten und warnenden Stimmen, auch nicht an parlamentarischen Vorstössen – sowohl im Nationalrat als auch im Ständerat –, die den Bundes-

rat auffordern, sich dieses Bereiches mit Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit anzunehmen und die entsprechenden Reformen und Verbesserungen vorzuschlagen. Der Bundesrat, das weiss ich, arbeitet bereits an einem Bericht zur Lage der Berufsbildung, der uns wahrscheinlich in absehbarer Zeit unterbreitet werden wird.

Mit der Schaffung der Berufsmaturität und jetzt auch mit dem neuen Fachhochschulkonzept haben wir immerhin zwei Neuerungen in die Welt der Berufsbildung eingebracht, die von grosser Bedeutung und sehr wertvoll sind, allein aber noch nicht genügen, um den Aderlass zu stoppen. Die Akzeptanz der neuen Berufsmaturität ist «durchgezogen», die Zahlen des Zuspruchs sind teilweise sogar sehr enttäuschend. Die Belastung, die die Lehrlinge, welche diesen Weg wählen, auf sich zu nehmen haben, ist enorm. Sie besuchen die Berufsschule an zwei Tagen zu neun Unterrichtsstunden, was eine beträchtliche Forderung – um nicht zu sagen: Überforderung – ist. Auch die Perspektiven, die sich mit der Berufsmaturität eröffnen, sind teilweise nicht derart verlockend, als dass dieser Weg wirklich attraktiv und dazu angetan wäre, die Jungen von der gymnasialen Ausbildung abzubringen. Im wesentlichen lockt ja eigentlich nur der Zugang zu den Fachhochschulen; viele andere, zusätzliche Möglichkeiten eröffnen sich nicht. Insbesondere bleibt der Wechsel von den Fachhochschulen an die Eidgenössischen Technischen Hochschulen und an die kantonalen Universitäten unklar; er ist nicht verbindlich geregelt, und die Durchlässigkeit besteht nach wie vor nicht.

Hier gibt es also eine Lücke, die meines Erachtens geschlossen werden sollte. Wir müssen den Berufsmaturandinnen und -maturanden zusätzliche Perspektiven eröffnen. Dazu möchte dieses Postulat einen kleinen Anstoss geben. Es lädt den Bundesrat ein, in der eidgenössischen Maturitätsverordnung eine Ergänzung einzubringen, die es erlaubt, dass eine Berufsmaturandin oder ein Berufsmaturand unter entgegenkommenden Bedingungen den bisherigen Abschluss ergänzen kann, um eine allgemeine Hochschulreife zu erlangen. Das soll kein Hürdenlauf mit grossen Erschwernissen sein, sondern es soll unter entgegenkommenden Bedingungen geschehen, bei denen man dem Wissen, das sich dieser junge Mensch angeeignet hat, aber auch seine beruflichen Erfahrungen gebührend Rechnung trägt.

Ich räume ein, dass es dabei im ganzen Problemfeld der Berufsbildung sicher nur um einen kleinen Mosaikstein geht, aber es ist doch auch eine Chance, die wir hier eröffnen, und letztlich ein Beitrag zur Aufwertung der Berufsmaturität.

In diesem Sinne möchte ich den Bundesrat einladen, tätig zu werden und eine solche Ergänzung wohlbedacht in der entsprechenden Verordnung vorzunehmen.

Auch wenn es «nur» ein Postulat ist, bitte ich Frau Bundesrätin Dreifuss doch, dieses Postulat als ein – wie Herr Bundesrat Delamuraz zu sagen pflegt – «postulat vivant, postulat actif» zu betrachten und nicht als eines, das auf weite Zeit hinaus schubladisiert wird.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Überweisung dieses Postulates.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Non seulement le Conseil fédéral est tout disposé à accepter ce postulat, mais aussi à lui donner une impulsion, parce que vous avez mis le doigt sur un problème tout à fait reconnu par le Conseil fédéral.

Nous devons – je l'ai dit d'ailleurs tout à l'heure – créer une politique cohérente entre les voies de formation professionnelle et les voies de formation gymnasiale et académique, mais aussi créer des passerelles dans les deux sens qui permettent aux personnes, lorsque leur choix sont faits, lorsque leur volonté de changer de direction est affermie, de pouvoir le faire le plus facilement possible. Je reconnais avec vous que la maturité professionnelle est une voie difficile, tout sauf royale, qui demande énormément à ceux qui l'empruntent. Si l'on peut leur faciliter, par exemple, l'accès aux études gymnasiales et à la maturité gymnasiale, cela peut leur permettre aussi d'accéder à la formation académique qu'ils visent en ayant commencé justement ce chemin plein de difficultés et d'exigences qui est celui de la maturité professionnelle.

Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996-1999. Kredite

Promotion de la science dans les années 1996-1999. Crédits

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.102
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	08.06.1995 - 08:00
Date	
Data	
Seite	497-515
Page	
Pagina	
Ref. No	20 025 957

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.